

Demokratie

Engagiert im ländlichen Raum des Ostens

statt Sachsen?

Eine Diskursbeitrag zu Bedeutung und Herausforderung von Demokratieprojekten in Sachsen und darüber hinaus.



Impressum

September 2023

Between the Lines gGmbH
Lange Straße 39, 04668 Grimma

mail@betweenthelines.gmbh
www.betweenthelines.gmbh
shop.betweenthelines.gmbh

Registernummer: HRB 37122
Amtsgericht Grimma

Steuer-Identifikation: 238/106/07564
Finanzamt Grimma

Redaktion & Layout

Diese Broschüre wird im Auftrag der Between the Lines gGmbH durch ihre Pressestelle herausgegeben und entstand in Kooperation mit den beteiligten Autor:innen.

V.i.S.d.P.

Sarah Schröder (Adresse s.o.)

Rechte

Soweit nicht anders angegeben, liegen alle Rechte bei den Autor:innen. Alle Bildrechte liegen bei den angegebenen Personen und Organisationen.

inhalts- verzeichnis

Die politische Landschaft Sachsens

Der politische Betrieb des Ostens ...3
- David Begrich

Von „national befreiten Zonen“ und der notwendigen Demokratie vor Ort ...8
- Kerstin Köditz

Demokratie und rechte Hegemonie

politische Bildung einfach gut gemacht ...11
- Agnes Scharnetzky, JODDID Dresden

untergehakt - Demokratieprojekte in Sachsen ...15
- Frank Schubert, Tolerantes Sachsen e.V.

Mit Rechten in der Schule - engagiert in Kommunen ...19
- NDC Sachsen

Uns nicht lähmen lassen von Wut und Ohnmacht ...22
- NDK Wurzten

Perspektive in Sicht?

In konflikthafter Verbundenheit ...25
- Kai Dietrich, AGJF Sachsen e.V.

Emanzipatorische Arbeit ...29
- Tobias Burdukat

Theorie & Praxis - die Alte Spitzenfabrik

Die Konzeption "Dorf der Jugend" ...33
- Tobias Burdukat

Die Alte Spitzenfabrik ...38
- Niels Erlecke & Tobias Burdukat

Impressionen und Erfahrungen ...40
- verschiedene Einzelpersonen und Akteure

Literaturempfehlungen ...44

vorwort

Laura Merz und Niels Erlecke

Liebe Menschen!

Wir freuen uns sehr, dass ihr diese Broschüre in den Händen haltet und euch für die hier folgenden Texte interessiert. Es ist nicht alltäglich, dass wir Vorworte verfassen dürfen, doch scheint es in diesem Fall nahezu auf der Hand zu liegen. So ist es doch unser Träger, der in dieser Sache all die Fäden zusammenhält und sich ebenso für die Initiierung sowie das Zustandekommen verantwortlich zeigt.

Seit etwas mehr als anderthalb Jahren ist auch die Between The Lines gGmbH Teil des sachsenweiten Programmes "Orte der Demokratie". Genau dort kommen wir – Laura & Niels – ins Spiel, denn in diesem Projektbereich sind wir seit Beginn hauptamtlich beschäftigt.

Die Alte Spitzenfabrik als einen „Ort der Demokratie“ zu etablieren und zu bespielen, fordert uns in vielerlei Hinsicht heraus und erwartet jeden Tag Ideenreichtum und Durchhaltevermögen. Gleichzeitig erscheint es einerseits so schwer die Arbeit als solches zu beschreiben und andererseits deren Notwendigkeit und Wichtigkeit hervorzuheben. Als Mitarbeiter:innen dieses Projektes hier vor Ort in Grimma bewegt es uns regelmäßig, dass Rechtfertigungen für unser Handeln verlangt werden und nicht selten wird unserer Arbeit Unsinnigkeit in unterschiedlichsten For-

men vorgeworfen. Leider hat dies zur Konsequenz, dass es zur einer alltäglichen Aufgabe wird, sich selbst zu motivieren und zu vergegenwärtigen, dass es gute Gründe für diese Art des Aktivismus gibt. Wahrscheinlich sind es diese Umstände, welche zu der nun vorliegenden Broschüre geführt haben. Das Programm, welches uns bisher finanziert, läuft erst mal bis Ende des kommenden Jahres 2024. Auch wenn die Kommunal – und Landtagswahlen noch nicht direkt vor der Tür stehen, sind sie für uns aber schon seit einiger Zeit mindestens im Treppenhaus zugange. Es ist für uns als Träger wichtig und inhaltlich im Förderprogramm zentral angesiedelt, sich für ein demokratisches und befreites Miteinander einzusetzen und sich der rechten Hegemonie, die Sachsen umgibt, entgegenzustellen. Der klare Wendepunkt in den gesellschaftlichen Entwicklungen ist für uns bisher nicht erkennbar und mitnichten werden wir als einzelne geförderte Projekte viel dazu beitragen können, jahrzehntelang gewachsene Strukturen aufzubrechen und vielschichtige gesellschaftliche Prozesse aufzuhalten. Aber wir können einen kleinen Beitrag leisten. Das ist das, was unsere Arbeit grundlegend ausmacht und uns antreibt. Es ist ein Zwischenstand, welcher hier präsentiert werden soll. Die drei Jahre Zeit, die wir dank unserer Förderung aufbringen können, neigen sich langsam, aber sicher dem Ende und die Wahlen im

nächsten Jahr rücken näher. Wir wissen noch nicht, ob unser Programm weitergeführt wird. Somit erscheint es für uns sinnvoll, Erkenntnisse und Erfahrungen zu bündeln sowie auf Hürden und Schwierigkeiten hinzuweisen. Wir möchten auch gerade in Hinblick auf das anstehende Wahljahr einen Beitrag zur Verfügung stellen, der zur Diskussion anregt und demokratische Projektarbeit im ländlichen Raum in ihren Zielen und Strategien kritisch einordnet und hinterfragt. Die Frage nach der Relevanz dieser Arbeit hängt für uns unweigerlich damit zusammen und ergibt sich – wie beschrieben – ziemlich schnell in diesem Themenkomplex. Um dieser Fülle entgegentreten zu können, haben wir uns Unterstützung bei Expert:innen gesucht, die sich diesem Feld in ihren Beiträgen auf unterschiedlichste Art und

Weise nähern. Ihr werdet auf den kommenden Seiten zuerst theoretischen Einordnungen begegnen, welche im zweiten Teil durch Erfahrungen aus der Praxis erweitert werden.

Auch wenn wir es schon oft getan haben, möchten wir auch hier nochmal allen Personen danken, die sich mit Beiträgen beteiligt und sich auf diese Idee eingelassen haben. Ohne euch wäre das nicht machbar gewesen. Danke.

Bis bald mal an der Alten Spitzenfabrik!

Laura Merz & Niels Erlecke
Grimma im September 2023.

Laura Merz und Niels Erlecke sind Sozialarbeitende der Between the Lines gGmbH in Grimma und arbeiten in der aufsuchenden Arbeit und der Gemeinwesenarbeit. Die Between the Lines gGmbH ist eine junge Grimmaer Firma und versucht mit Hilfe verschiedener Projekte eine unabhängige Finanzierung von Sozialer Arbeit im ländlichen Raum zu ermöglichen.



© Sarah Schröder

der politische Betrieb des Ostens

David Begrich

Demokratieprojekte und Engagierte sehen sich mit einer erstarkenden Rechten heute erneut in einem groben Ausmaß konfrontiert. Dieser Rechtsruck und das Wirken des rechten Blocks in Ostdeutschland hat jedoch Kontinuität und Historie und es lassen sich bis heute wirksame gesellschaftliche Reaktionsmuster auf rechte Gewalt und deren Spuren aus den frühen 90er Jahren identifizieren. Damals wie heute sind Betroffene rechter Gewalt zu oft allein gelassen, werden Zweifel an ihrer Authentizität und Glaubwürdigkeit laut, erleben sie eine Stigmatisierung aufgrund ihnen gesellschaftlich zugewiesener Rollen, Klischees und Eigenschaften. Die sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter Gewalt und ihres Umfeldes ist inzwischen gut erforscht. [1] Sie hat langfristige Auswirkungen auf demokratische Prozesse in Gesellschaften sowie in das Sozialraumverhalten von Betroffenen bis hinein in biografische Entscheidungen zu Berufswahl und Wohnort. Der folgende Beitrag möchte eine Einführung in diese Kontinuitäten bieten und einige Fäden zusammenziehen. Der Grund, sich heute, über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung mit neonazistischer Gewalt in ihrem unmittelbarem zeitlichen Kontext zu beschäftigen, sind die Kontinuität, aber auch die Brüche in der rechtsmotivierten Gewaltgeschichte in Ostdeutschland seither. Rechte und rassistische Mobilisierungen in der ostdeutschen Gesellschaft, wie sie sich

nach 2015 in Gestalt von PEGIDA oder auch in Heidenau, Freital, Chemnitz und Köthen zeigten, können in ihrem Verlauf und ihrer Dynamik nicht verstanden werden, ohne sich der dauerhaften Präsenz extrem rechter Hegemonie-Bestrebungen auf der Straße und ihrer Auswirkungen für Betroffene zu erinnern. Dazu gehört unabweisbar, dass die ostdeutsche Gesellschaft rechte Gewalt und neonazistische Strukturen systemübergreifend verdrängt, verschwiegen und bagatellisiert hat. Verhinderte in der DDR der Charakter des politischen Systems und seiner fehlenden Öffentlichkeit eine offene Debatte um Neonazismus und Rassismus, war es nach der Wiedervereinigung die Angst vor dem Imageschaden für einen Ort oder ein Bundesland, die Ignoranz, die Unwissenheit, aber auch die stille Duldung und Akzeptanz extrem rechter Strukturen und Gewalt, die eine sensible, dauerhafte und wirksame Auseinandersetzung mit dem Vordringen rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensmuster im Osten über lange Zeit blockierten.

Vom demokratischen Aufbruch von unten zur nationalen Euphorie

Der demokratische Aufbruch von unten im Herbst 1989 in der DDR war nicht erst nach den freien Wahlen zur DDR-Volkskammer im März 1990 in eine nationale Euphorie angesichts der bevorstehenden Wiedervereinigung umgeschlagen. Seit dem

Mauerfall im November '89 zeigte sich diese Euphorie auf den Straßen und Plätzen der zerfallenden DDR als anschwellende nationalistische Mobilisierung. Wer sichtbar nicht in den Chor der Freude über die Wiedervereinigung einstimmen konnte und wollte, geriet damals schnell ins Feindbildraster der sich neu formierenden extremen Rechten im vereinigten Deutschland. Hierzu zählten die wenigen damals auf dem Gebiet der DDR lebenden Migrant:innen bzw. Vertragsarbeiter:innen, politisch links stehende Menschen, Anhänger:innen alternativer Jugendkulturen und andere Menschengruppen, die auch in der DDR Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren hatten.

Zur Situation im Osten im Oktober 1990

Der Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 bildete den nominellen Startpunkt für die Übernahme der gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen der Bundesrepublik in den dann fünf neu entstandenen Bundesländern. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die bundesrepublikanischen Strukturen in Verwaltung, Justiz und Polizei sofort handlungsfähig waren. Vielmehr tat sich zwischen der Implosion des DDR-Staatsapparates samt seines Korsetts der Repression (ab Dezember 1989) und dem Abschluss des Aufbaues der staatlichen Strukturen des Bundes und der Länder (etwa zur Mitte der 1990er Jahre) im Osten ein gesellschaftliches Vakuum auf, welches von den staatlichen Strukturen und der politischen Kultur der alten Bundesrepublik nicht gefüllt werden konnte. In vielerlei Hinsicht erwies sich Ostdeutschland in den 1990er Jahren als vom Westen unerschlossenes Land, in dem ökonomische, soziale und soziokulturelle Kämpfe um Macht, Gestaltungsspielraum und Einfluss ausgetragen wurden. Der Eliten-Wechsel, der völlige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft bewirkten eine gesellschaftliche Transformation im „Turbo-Gang“, der mannigfaltige Ver-

werfungen in allen Bereichen des Lebens der Menschen mit sich brachte. Neben dem unbestreitbarem Zugewinn an Lebensqualität durch die Modernisierung der Infrastruktur der ostdeutschen Länder, prägten soziale Wertediffusion und Handlungsunsicherheit das Leben aller ostdeutschen Generationen und sozialen Milieus dieser Zeit.

In dieser Gemengelage des sozialkulturellen Vakuums stiegen mancherorts Neonazis zu einem temporären Ordnungsfaktor auf, mit denen die neuen Akteure in Landes- und Kommunalpolitik, der Verwaltung und der Polizei nicht selten die Interaktion an „Runden Tischen gegen Gewalt“ auf Augenhöhe suchten in der irrigen Annahme, rechte Gewalttäter:innen und deren ideologischen Köpfe auf diese Weise befrieden oder in die Schranken weisen zu können. Der Effekt war gegenteiliger Natur: Neonazis und ihr Milieu wurden vielerorts aufgewertet, hofiert und somit langfristig gesellschaftlich enttabuisiert, gar normalisiert. Dies hat bis heute fatale Folgen. Von jener vielgestaltigen Akzeptanz, auf die Neonazis und NPD in den 1990er Jahren im Osten stießen, profitiert heute die AfD und ihr rechtes Wutbürgerumfeld.

Sofern die hier verzeichneten neonazistischen Angriffe das Gebiet der ehemaligen DDR bzw. ab 3. Oktober 1990 die fünf neuen Bundesländer betreffen, müssen sie im Licht des damaligen umfassenden gesellschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland betrachtet werden.

Da ist die extreme Rechte bzw. ihre Jugendkultur in Gestalt neonazistischer Skinheads zu nennen. Beginnend mit der Öffnung der Mauer verzeichnete die bereits in der DDR existierende jugendkulturelle rechtsextreme Szene einen enormen Zulauf. Hatte sie sich zuvor in den Fußball-Stadien der DDR Oberliga und in exemplarischen Gewalttaten öffentlich manifestiert, traten ihre Anhänger nun bei zahlreichen Montagsdemonstrationen mit nationalistischen Parolen und unvehementen Gewaltdrohungen gegenüber



Miteinander

Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

David Begrich ist Theologe und
Soziologe, Mitarbeiter der Arbeits-
stelle Rechtsextremismus des
Miteinander e.V. in Magdeburg.

www.miteinander-ev.de

politischen und weltanschaulichen Gegnern auf. In Leipzig, Plauen, Potsdam und anderen Städten traten Gruppen mit dem Hitlergruß und bald mit Reichskriegsfahnen und der Parole „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein.“ in Erscheinung. Ab Ende November 1989 umwarben die westdeutsche Partei DIE REPUBLIKANER und zahlreiche neonazistische Kleinorganisationen dieses Milieu mit dem Ziel, es politisch und organisatorisch an sich zu binden. Dies scheiterte jedoch nicht zuletzt daran, dass die westdeutschen Neonazis in der damaligen Gestalt ihres politischen Handelns und im Habitus ihres Auftretens nicht an das Parteien und festen Strukturen skeptisch gegenüberstehende Publikum im Osten vermittelbar waren. Die in allen Debatten über Rechtsextremismus im Osten nach der Wiedervereinigung anzutreffende These, es seien in erster Linie westdeutsche Neonazis gewesen, die die Ostdeutschen verführt hätten, stimmt für den hier zur Debatte stehenden Zeitraum Anfang der 90er Jahre nicht. Denn sämtliche Erwartungen westdeutscher extrem rechter Organisationen, im Osten mit Blick auf Mitglieder und Wahlergebnisse reüssieren zu können, wurden zunächst enttäuscht. Die wirklichen Erfolge rechtsextremer Parteien setzen im Osten erst Mitte der 1990er Jahre ein.

Fragen an die Rolle von Polizei und Justiz
Ein zweiter Blick in Bezug auf die Fälle
rechter Gewalt im zeitlichen Umfeld der

Wiedervereinigung sollte der Polizei und der Justiz gelten. Es fällt auf, dass Zeitzeug:innen davon berichten, dass Ermittlungen entweder gar nicht geführt oder im Sande verlaufen. Hier gilt es, im Hinblick auf eine noch ausstehende zeitgeschichtliche Forschung Fragen zu formulieren.

In welchem Zusammenhang standen die nur mangelhafte polizeiliche und juristische Bearbeitung einer Vielzahl der damaligen rechten Gewalttaten mit den strukturellen Umbrüchen bei Polizei und Justiz? Der Aufbau der ostdeutschen Bundesländer brachte massive Strukturveränderungen bei der Polizei mit sich, in deren Rahmen Fragen wie die nach der verbeamteten Übernahme in den Dienst der Länder für viele Polizist:innen zunächst ungeklärt waren. Hatte dies, und wenn ja, welche Auswirkungen auf die Motivation und das Engagement polizeilichen Handelns? Die taktischen Einsatzstrukturen und Ausrüstung der Polizei waren noch auf Jahre hinaus auf dem Stand der DDR-Zeit.

Für die Koordination der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität, also auch rechter und rassistischer Gewalttaten war vor dem Aufbau der Landeskriminalämter in den neu entstandenen Ländern die Abteilung 600 / Staatsschutz des GLKA („Gemeinsames Landeskriminalamt der neuen Länder“) zuständig. [2] Deren Unterlagen müssten Aufschluss darüber geben, welches wahre Ausmaß die damaligen rechten Gewalttaten im Kontext des Tages der deutschen Einheit hatten und welche Qualität die Arbeit der polizeilichen Ermittlungen vor Ort aufwies. Es darf vermutet werden, dass die Neigung von Polizisten, die einer ungewissen beruflichen Zukunft entgegen sahen, sich ausgerechnet für die Verfolgung rechter Straftaten zu engagieren, gering ausgeprägt war. Dass sich diese Straftaten zudem gegen Personengruppen richteten, die seitens der Behörden bereits zu DDR-Zeiten negativ wahrgenommen wurden, könnte diesen Effekt verstärkt haben.

Damals konnte oder wollte die Polizei die potentiellen Opfer rechter und rassistischer

Gewalt nicht schützen, obwohl sie offenbar sehr wohl um die Gefahren wusste.

Inwieweit ähnliches für Staatsanwaltschaften und Gerichte gilt, muss erforscht werden. Eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung der Praxis der Rechtsprechung im Kontext rechter Gewalt in den 90er Jahren steht aus. Die Berichte von Betroffenen hingegen sind eindeutig. Opferberatungsstellen verweisen in ihren Berichten seit fast zwei Jahrzehnten darauf, dass rechte und rassistische Motive im Kontext von Strafverfahren zu oft ausgeblendet wurden, was den Täter:innen eine weitestgehende Immunität gegenüber einer angemessenen Ahndung ihrer Taten vermittelte.

Kontinuität und Brüche

Es kann nicht darum gehen, eine direkte Kontinuität rechter und rassistischer Gewalt zu behaupten, wo diese nicht existiert oder nachweisbar ist. Mit Blick auf die unmittelbare Zeit vor und nach der Wiedervereinigung gibt es aber durchaus extrem rechte Strukturen, deren Entstehung sich auf die Zeit nach der Wiedervereinigung zurückführen lässt. Wirkmächtiger als eine direkte personelle oder strukturelle Kontinuität sind indes generationenübergreifende Narrative und kollektive Erfahrungen in der extrem rechten Szene, die der heutigen Anhänger:innenschaft und dem aktivistischen Kern das Bewusstsein vermitteln, ihr politisches und/oder gewalttätiges Handeln verfüge über eine gesellschaftlich gestützte Legitimation, die anlassbezogen sichtbar in Formen von Gewalt bis hin zum Mord reiche. Die Verfestigung rechtsextremer Milieus in einigen Regionen Ostdeutschlands basiert entscheidend auf der jugendkulturellen Hegemonie der extremen Rechten in den 1990er Jahren. Diese wurde nicht zuletzt mit Gewalt gegen jene durchgesetzt, die bereits seit dem 3.10.1990 zu den Betroffenen zählten, weil ihre gesellschaftliche Sichtbarkeit dem Anspruch der extremen Rechten auf

soziokulturelle Raumordnung entgegenstanden.[3]

Fazit

Die dokumentierten Fälle rechter und rassistischer Gewalt weisen über die konkreten Orte und Ereignisse im Verlauf der Wiedervereinigung 1990 hinaus auf die im Osten in den 1990er Jahren entstandene hohe Gewaltbereitschaft der extremen Rechten hin. Dass rassistische Mobilisierungen und Ereignisse rechter Massengewalt den Boden für eine weitergehende Radikalisierung der Szene bereiten, ist mit dem NSU, aber auch der „Gruppe Freital“ und „Revolution Chemnitz“ hinreichend belegt.

Bis heute erzielt die Mobilisierung des gewalttätigen Rechtsextremismus in Ostdeutschland eine höhere gesellschaftliche Reichweite als im Westen. Die in den letzten Jahren entstandenen informellen Allianzen zwischen rechten Bewegungen auf der Straße und denen, die deren Interessen in den Parlamenten vertreten, verstärken sich gegenseitig zu einem Bedrohungsszenario, welches in manchen Regionen und anlassbezogenen Kontexten die Demokratie ernsthaft in Frage stellt.

Die hier dargestellte Rückschau ist von Bedeutung, da der Verlauf der 1990er und 2010er Jahre in Ostdeutschland wesentlichen Einfluss auf das heutige politische Klima im Land hat. Damals entstanden jene Milieus, aus denen heraus sich heute der vielgestaltige rechte gesellschaftliche Block in Ostdeutschland und insbesondere in Sachsen speist. Akteure bildeten Netzwerke, soziokulturelle und ökonomische Strukturen, deren Wirkungsmacht nicht in Wahlergebnissen und Mandaten zu messen ist, sondern in Formen regionaler Dominanz- und Hegemoniefähigkeit in den kleinstädtisch geprägten Regionen Ostdeutschlands.

Die Gewaltakteure der 90er Jahre sind heute Eltern, Vereinsvorsitzende, Feuer-

wehrmänner und Fussball Trainer. Sie prägen und sozialisieren in ihrem Sozialraum die nächste Generation jener, die "Rechts sein" ganz normal finden, weil es ganz normal ist. Die Wirkungsmacht der rechter Politik stellt ein Geflecht von Bedingungen und Voraussetzungen dar, auf das die Akteure wie selbstverständlich zugreifen können.

Neonazis und andere extrem rechte Akteure, die sich als Patrioten oder besorgte Bürger labeln. Die extreme Rechte ist schon lange nicht mehr auf einen subkulturellen Habitus angewiesen, sondern agiert im Gewand der Bürgerlichkeit, ihre Formen sind gesellschaftlich breit anschlussfähig.

Die Ursache für die Stärke der extremen Rechten im Osten liegt nicht daran, dass diese über eine geniale Strategie, hervorragend geschulte Schlüsselakteure und eine jederzeit gelingende Kommunikation verfügen. Dass dies nicht der Fall ist, kann jeder sehen, der sich ein wenig mit der extremen Rechten beschäftigt.

Die Ursache für die Stärke der extremen Rechten ist auch, dass jene die kulturell und politisch für einen demokratischen Gegenentwurf stehen, in den zurückliegenden Jahrzehnten die ostdeutschen Regionen verließen, und nun fehlen: als Stadtverordnete, als Kulturschaffende, als Unternehmer.

Anmerkungen

[1] Vgl. Gill, Bernhard: „Das Gemeinsame Landeskriminalamt der fünf neuen Länder – Nachruf zu Lebzeiten“, in: CILIP Nr. 38 / 1991.

[2] Vgl. Köbberling, Gesa: „Bewältigung rassistischer Gewalt – Handlungsräume Sozialer Arbeit zwischen individuumsbezogener Hilfe und politischer Veränderungsperspektive“, in: Blank, Beate; Gögercin, Süleyman; Sauer, Karin E.; Schramkowski, Barbara: Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder, Wiesbaden 2018.

[3] Vgl. Bürk, Thomas: Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten, Münster 2012.

von "national befreiten Zonen" und der notwendigen Demokratie vor Ort

Kerstin Köditz

8

Als im Jahr 2009 mein Buch „Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen“ (Verbrecher Verlag) erschien, hieß es in der Präsentation des Verlags: „Zivilcourage ist wichtig, ebenso eine funktionierende Zivilgesellschaft. Aber selbst wenn beides vorhanden wäre, könnte damit allein der Aufstieg der NPD nicht gestoppt werden. Der ‚Aufstand der Anständigen‘ bleibt Stückwerk ohne den ‚Aufstand der Zuständigen‘. Der allerdings ist in Sachsen die Ausnahme. Stück für Stück verankert sich die extreme Rechte in der Mitte der Gesellschaft. Auf der Straße, in den Köpfen, in den Parlamenten...“

Viel müsste ich heute, 14 Jahre später, nicht an diesen Zeilen ändern. Die NPD, die inzwischen bedeutungslos geworden ist, müsste darin einfach durch die AfD ersetzt werden. Sie ist längst wesentlich stärker als es die NPD je gewesen ist und tatsächlich in Sachsen flächendeckend aktiv. Die „Freien Kameradschaften“ mit ihrem Schwerpunkt des „Kampfes um die Straße“ sind weitgehend abgelöst worden durch die „Freien Sachsen“, die diversen lokalen Gruppen der „Querdenker“ und rassistischer Bürgerinitiativen. Das Personal ist teilweise identisch mit dem von damals. Es ist nur gealtert.

Es tut mir weh, dass eine Passage meines Buches von 2009 sehr schlecht gealtert ist. Damals schrieb ich im abschließenden Kapitel: „Und morgen? Lassen Sie mich einfach einmal von einem anderen ‚morgen‘ träumen, als es wahrscheinlich

kommen wird. Lassen Sie uns doch einfach davon träumen, dass in allen Orten Sachsens ähnlich auf Nazis reagiert wird wie in Grimma bereits heute.“ Ich war damals zweifellos von einem Pessimismus geprägt, der durch die Realität verursacht war. Aber so pessimistisch zu glauben, dass jenes Grimma, in dem ich lebte und lebe, vom guten Beispiel zu einem schlechten werden könne, war selbst ich nicht. „Mich jedenfalls stimmt es froh, wenn ich bei solcher Gelegenheit die junge Autonome Seite an Seite mit der engagierten Christin und der Stadträtin sehe. In Grimma habe ich Gelegenheit dazu“, schrieb ich damals.

Ich hatte dabei konkrete Bilder vor Augen: Zum Beispiel jene von einer Demonstration der NPD in Grimma. Die Polizei hatte die Innenstadt weitgehend abgeriegelt, um Gegenaktionen und Zusammenstöße zu verhindern. Trotzdem fanden sich gut 30 Leute aus ganz unterschiedlichen Spektren, die sich kurz berieten, dann zu einem bis 1938 in jüdischem Besitz befindlichen Haus liefen, das an der Demostrecke der Nazis lag, und sich mit Kerzen in der Hand mit dem Rücken zu den anrückenden Nazis stellten. Der Oberbürgermeister stellte sich schließlich wie selbstverständlich dazu. Die Polizei schützte uns vor den tobenden Nazis. Wir hatten diese zwar nicht aufgehoben, aber wir prägten am folgenden Tag die Bilder in den Medien. Das war zu einer Zeit als die Nachbarstadt Wurzen von den Nazis noch als „erste national befreite Zone“ gefeiert wurde, als

in der Nachbarstadt Colditz ein Regime der Angst und des Schreckens durch eine Familie von Neonazis errichtet wurde. Na klar, wir hatten in Grimma auch unsere Probleme mit der extremen Rechten. Mehr als uns lieb sein konnte. Doch im Vergleich zu zahllosen anderen Kleinstädten in Sachsen hatten wir es noch gut. Andere Städte in Sachsen wie Mittweida, Limbach-Oberfrohna oder in jüngerer Zeit Bautzen standen für eine weitgehend unangefochtene Dominanz der extremen Rechten. Das hat sich im Laufe der Jahre geändert. Zum Nachteil der Großen Kreisstadt Grimma. Die Zivilgesellschaft, die aktiv wird, wenn Not am Mann und der Frau ist, gibt es noch immer. Ob es sich nun um die Mahnwachen vorwiegend von engagierten jungen Menschen in unmittelbarer Nähe der von der extremen Rechten dominierten Montagsdemonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, die Aktionen gegen Wahlkampfveranstaltungen der AfD mit ihrem Führer Björn Höcke oder um den Protest gegen eine Versammlung mit dem AfD-Landesvorsitzenden Jörg Urban im Grimmaer Rathaus, es fanden sich immer Menschen, die deutlich und lautstark zeigten, dass diese Stadt nicht der extremen Rechten gehört.

Jedenfalls nicht unwidersprochen.

Und doch hat sich etwas verändert. Gravierend verändert. „Der CDU-Bürgermeister Berger verlangte nicht nur die Ausschöpfung aller juristischen Mittel für ein Verbot der NPD-Veranstaltung, sondern lud umgehend zu einer Bürgerversammlung in den Rathaussaal“, vermeldete unter der Überschrift „Das Wunder von Grimma“ die Wochenzeitung „Jungle World“ zum Pressefest der NPD in der Stadt im Jahr 2001. „Und dann wurde in Grimma Basisdemokratie geübt. Mit großer Mehrheit entschied sich die Versammlung für breit angelegte Gegenaktionen unter dem Motto »Bunte Vielfalt statt braune Einfalt« am Tag der Neonazikundgebung. »Wenn wir jetzt nicht Gesicht zeigen«, betonte eine Frau aus dem Kirchenvorstand, »dann kommen die Nazis immer wieder.«“ Landrat Gerhard Gey (CDU) erlies (erfolglos) ein Verbot der Veranstaltung und begründete dies „mit der »Festigung des Zusammengehörigkeits- und Machtgefühls der Teilnehmer bei gleichzeitig deutlich zum Ausdruck gebrachter Ausgrenzung und Einschüchterung Missliebiger – insbesondere ausländischer Mitbürger.«“ Und OBM Berger, der inzwischen nichts mehr mit der CDU zu schaffen haben mag, erklärte: „Sollte die Veranstaltung nicht verboten werden, stellt die Stadt Grimma weder Strom noch Wasser, Zelt oder Gastronomie zur Verfügung. Die können den ganzen Tag auf dem Volkshausplatz im Kreis marschieren, eine Veranstaltung mit Volksfestcharakter wird es nicht geben.“ So kam es denn auch, und letztlich wurde das Nazi-Treffen von der Polizei vorzeitig abgebrochen. Ein Erfolg auf der ganzen Linie. Das war 2001. Heute, im Jahr 2023, wäre das nicht mehr möglich. Es wäre schon seit einigen Jahren nicht mehr möglich. Ja, was hat sich denn nun verändert? Um es einfach – zu einfach – auszudrücken: der Oberbürgermeister. Es ist noch der gleiche Oberbürgermeister wie damals. Das mag ein Teil des Problems sein. 22 Jahre an der Spitze einer Stadt verändern einfach. Damals, 2001, gerade

Kerstin Köditz ist Philosophin, Autorin langjähriges Mitglied des Sächsischen Landtages und die Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE. Die Grimmaer Politikerin setzt sich seit Jahrzehnten für demokratische Projekte und Strukturen ein und ist Expertin für rechte Bewegungen innerhalb und außerhalb der Parlamente.



© Kerstin Köditz

frisch in sein Amt gewählt, war er noch bereit, einfach Basisdemokratie wirken zu lassen. Die Interessierten – und es waren sehr viele interessiert – im Rathaussaal konnten abstimmen, ob und was sie machen wollten. An Ideen mangelte es nicht. Und sie wurden alle umgesetzt.

20 Jahre später war ein Wahlkampfauftritt auf dem Marktplatz vom AfD-Führer Höcke angesetzt. Wiederum gab es Gegenaktionen. In unmittelbarer Nähe zum Marktplatz. Wiederum waren viele Leute auf den Beinen. Aber den Organisatoren, den durchaus rechtslastigen Freien Wählern um den Oberbürgermeister, waren einige Protestierende willkommen und andere nicht. „Unpolitisch“ wolle man sein, verkündete der Wortführer der Freien Wähler von der Bühne. Unpolitisch beim Protest gegen einen Faschisten! Und folgerichtig hatte es bereits im Vorfeld Unterstellungen und Beschimpfungen gegen das Bündnis „Leipzig nimmt Platz“ gegeben, welches Unterstützung angesagt hatte. Sie waren ganz und gar nicht willkommen. Noch nicht einmal ein angebotener Redebeitrag der sächsischen Sozialministerin Petra Köpping (SPD) war erwünscht. Stattdessen Spaltung. Ein Jahr später, wieder anlässlich einer Veranstaltung mit Höcke, ging dieses Spektrum, das den Stadtrat dominiert, gleich völlig in Deckung. Und seltsamerweise entdecken auch einige Vereine, die zur Mitwirkung am als Gegenaktion organisierten Bürgerfest angefragt wurden, dass sie zur „parteilpolitischen Neutralität“ verpflichtet seien. Andere sagten kurzfristig ab. Und natürlich war auch der Oberbürgermeister nicht zu sehen.

Solche Veränderungen erfolgen nicht von heute auf morgen. Als sich in Leipzig Legida, der Ableger der Dresdner Pegida, gründete und die erste Demonstration durchführte, wurde aus Grimma ein Bus zu den Gegenaktionen organisiert, den der Oberbürgermeister und ich bezahlten. Doch schon rund ein Jahr danach wurde vom gleichen Oberbürgermeister im Rathaussaal eine Veranstaltung mit einem

Vertreter von Pegida aus Leisnig organisiert. Zu den Spiegelregeln gehörte, dass jeder ohne Unterbrechung reden durfte. Zu den Spielregeln gehörte auch, dass niemandem – auch nicht bei Unwahrheiten – widersprochen werden durfte. So wurde es letztlich eine Werbeveranstaltung für Pegida. Und 2017 schließlich, die frühere AfD-Chefin Frauke Petri hatte nach ihrem Parteiaustritt ihre „Blaue Partei“ gegründet, durfte diese nicht nur den Rathaussaal zur Vorstellung ihrer schnell gescheiterten Partei nutzen, sondern der Oberbürgermeister hielt dort auch ein zwanzigminütiges „Grußwort“.

Dies alles zeigt, dass sich etwas im Denken des Oberbürgermeisters verändert hatte. Es war der lange Weg von einer Kleinstadt mit basisdemokratischer Orientierung hin zum Fürstentum Grimma. Ein Fürstentum, in dem deutlich gezeigt wird, dass zivilgesellschaftliche Initiativen unerwünscht sind. Dass diese nicht unterstützt, sondern vielmehr behindert werden. Und wenn dies „von oben“ deutlich gezeigt wird, hinterlässt das natürlich Folgen in der Stadtgesellschaft. Parallel dazu findet eine Entpolitisierung statt, die zu einer passiven Haltung führt.

16,2% holte die AfD bei der Kommunalwahl 2019 in Grimma. Kein Alarmzeichen. 31,6% holte die AfD in der Stadt bei der Landtagswahl 2019. Kein Alarmzeichen. 27,6% der Stimmen holte die AfD bei der Bundestagswahl 2021 in Grimma. Stärkste Partei. Noch immer kein Alarmzeichen. Keine deutliche Distanzierung aus der Stadtspitze, keine mahnenden Worte. Nichts. Stattdessen immer wieder die Übernahme rechtspopulistischer Parolen gegen „die da oben“ in „Dresden“ und „Berlin“, die allesamt unfähig seien. Das Klima wird geschaffen, in dem die extreme Rechte gedeihen kann. Die AfD profitiert davon, die Demokratie leidet darunter. Nur aktive Demokratieförderung bietet die Möglichkeit eines Auswegs. Natürlich ist nicht sicher, dass dieser funktioniert, aber es ist der einzige mögliche Weg.

politische Bildung einfach gut gemacht

Agnes Scharnetzky

11

Praktische Überlegungen, Hinweise und Tools aus der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie

Politische Bildung in Sachsen, das ist Arbeit unter dem Eindruck, dass der Begriff Politik für viele Menschen verbrannt ist. Mit dem, was „die da oben“ machen haben „wir“ nichts zu tun. Es interessiert „uns“ im besten Fall nicht. Wenn doch vor allem, weil es „uns“ ärgert. Das ist überspitzt aber nicht allzu weit weg von der Wahrnehmung vieler Akteur:innen, die uns in den Beratungskontexten der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD) begegnen. Daraus ergeben sich Herausforderungen: Die drängende Frage, wie man „normale“ Bürger:innen erreicht. Zuweilen die Frustration, wie mit geringen Teilnehmer:innenzahlen umzugehen ist. Nicht zuletzt, wie man angesichts der Zahlen – der Einstellungs-Studien, der Zahl von Übergriffen, der Zahl der Wähler:innen als auch der Stimmenverteilung am Wahlabend nicht resignieren soll. (Besand 2019; Jugel/Lewerenz 2022: 12)

Politische Bildner:innen machen ihre Arbeit aus einem hohen Anspruch heraus. Sie sind überzeugte Demokrat:innen, wollen die Gesellschaft voranbringen. Also entwickeln sie Strategien, wie Menschen trotzdem gewonnen werden können, sich mit gesellschaftlichen und politischen

Fragen auseinanderzusetzen. Beliebte war lange statt Politik, Demokratie zum Gegenstand zu machen. In einem engen Politikverständnis ist das Missverständnis verbreitet, Politik sei nur, was Parteien und Politiker:innen tun. Da beide nicht wohl gelitten sind (MITTE STUDIE) vermeidet man den Begriff Politik und weicht stattdessen auf Demokratie aus. Mittlerweile haben die gesellschaftliche Polarisierung und Verdrossenheit ein Maß erreicht, das mitunter auch Demokratie zum verbrannten Begriff macht. Was kann man tun in dieser desolaten Lage? Welchen Auftrag hat die politische Bildung? Welche Ziele kann sie verfolgen und welche Ansprüche muss sie zurückweisen? Auf welche Unterstützungsstrukturen kann zurückgegriffen werden? Nicht zuletzt: Wo finden wir Lichtblicke, die Mut machen?

Ziel und Anspruch politischer Bildung ist es, die Mündigkeit der adressierten Teilnehmenden, ihre kritische Urteilsfähigkeit und ihre politische Handlungsfähigkeit zu stärken. (Autorengruppe Fachdidaktik 2016, 7)

Es geht darum, Bürger:innen – heranwachsenden ebenso wie gestandenen Erwachsenen und älteren Menschen – immer wieder Angebote der politischen Bildung zu machen. Denn mit Fragen, Unsicherheiten und neuen politischen Fragestellungen ist man ein Leben lang konfrontiert. (Negt 2010) Politische Bildung muss auf Fragen reagieren, die sich stellen. Sie muss helfen, Vorgänge und Sachver-

halte kritisch zu hinterfragen und zu verstehen. Nicht zuletzt muss sie immer wieder Aushandlungsforen schaffen

In Sachsen neigen diverse Akteure dazu, dieser Aufgabe mit Dialogveranstaltungen zu begegnen. Die Überlegung ist leicht nachzuvollziehen und ergibt sich sicher auch aus historischen Erfahrungen von Runden Tischen und Foren: Positionen stehen sich unversöhnlich gegenüber, also müssen die Menschen darüber sprechen und dann finden sie zueinander. Es spricht auch ein großes Bedürfnis nach Konsens und Harmonie aus dieser Haltung, wo doch Kontroversität ein Wesensmerkmal politischer Bildung ist. Die Erfahrung der Dialog-Veranstaltungen ist nicht selten eine andere: Menschen ergreifen das Mikrofon, geben es nicht mehr her und halten oft lautstark Monologe zu ihrer Weltsicht. Dialog, Zuhören, auf andere Argumente eingehen, spielen kaum eine Rolle, die Moderation kann noch so taff sein, dem ist kaum konstruktiv zu begegnen.

Aufgabe muss es also sein, Formate zu schaffen, wo Menschen weniger in der Rolle sind, ihre Perspektive wortreich zu erläutern, zumal dies gerade populistisch eingestellte Menschen in die Lage versetzt, ihre Positionen als unverbrüchlich wahr dazustellen. (zu den Wesensmerkmalen des Populismus: Priester 2012, Lewandosky 2016)

Vielmehr braucht es niedrigschwellige Erfahrungen des Pluralismus als genuin demokratischem Phänomen: Alle haben unterschiedliche Standpunkte und Positionen, daraus ergeben sich unterschiedliche politische Haltungen, die demokratisch ausgehandelt werden müssen. Es geht zunächst nicht darum, einen Konsens zu erzielen oder sich gegenseitig zu überzeugen, sondern darum, andere Positionen wahr- und ernst zu nehmen. Ein erster Schritt ist die Wahrnehmung dieser pluralistischen Tatsache. In der Weiterführung geht es um das Bemühen, Position und Argumente von anderen nachvollziehen zu können und in

eigene Urteil einzubeziehen. In der JoDDiD haben wir dafür verschiedene Materialien entwickelt:

Abstimmungsmaschinen ermöglichen die Positionierung zu relevanten Fragen zeitunabhängig und ohne Begründung. Sie können im öffentlichen Raum stehen, versehen mit einer Frage und Antwortmöglichkeiten. Alle sind eingeladen, sich per Tischtennisball zu äußern, nachfolgende Nutzer:innen nehmen ihre Position in Relation wahr. (Bin ich in der Mehrheit/ in der Minderheit?) Für Gruppen in einem Raum eignen sich Positionierungssteppiche:

Räumlich machen Menschen die Erfahrung, wer, wo seinen/ihren Standpunkt verortet. So sind auch die Positionen sichtbar, die nicht das Wort ergreifen. Es kann nicht der Eindruck entstehen, wer am lautesten, am eloquentesten oder am längsten spricht, vertritt die Mehrheit im Raum. Die Begründung des eigenen Standpunktes ist erst in einem zweiten Schritt relevant und muss nicht zwangsläufig erfolgen. Es sind viele Settings politischer Bildung denkbar, wo es zunächst nur um die Verortung geht. Nicht zuletzt können die Riesenarbeitsblätter als Plakate genutzt werden, die Zielkonflikte demokratischer Aushandlung etwa auf der Ebene von normativen Rahmen sichtbar machen. (JoDDiD, Riesenarbeitsblatt Nr. 9 und 11) Auf diese Weise kann Ambiguitätstoleranz niedrigschwellig angebahnt werden, die eine Kompetenz ist, an der es in Sachsen mit Blick auf aktuelle Studien zu Einstellungsmustern zurzeit in der breiten Bevölkerung stark mangelt. (Decker et al 2023; Archour 2022: 320)

Doch es kann nicht nur um Verständnis gehen. Politische Bildung hat den Auftrag kontrovers zu sein und Menschen mit Kontroversen zu konfrontieren. Sie bietet Raum, den Umgang damit immer wieder einzuüben. Gleichzeitig ist Politische Bildung ihrem Wesen nach demokratische Bildung, der Demokratie und demokratischen Werten verpflichtet. Sie ist und darf nicht neutral sein. (Cremer 2019)

Sie hat auch den Auftrag, Menschen, mit Widerspruch zu konfrontieren, wo sie den Sektor des demokratischen Grundkonsens verlassen. Sie hat eine Anwaltschaft gegenüber marginalisierten Menschen und Positionen und ist im Sinne des Minderheitenschutzes angehalten, Mehrheitspositionen damit zu konfrontieren, egal ob sie im Raum sind oder nicht.

Es gibt noch eine wesentliche Herausforderung non-formaler politischer Bildung, die auch ein großer Wert ist: Sie ist freiwillig. Menschen können gehen, wenn sie sich nicht (mehr) konfrontieren wollen. Das ist nicht nur aber besonders dann in Sachsen relevant, wenn ich als Politische Bildner*in den Anspruch habe, Menschen zu adressieren, die dem demokratischen System mindestens ambivalent gegenüberstehen aber sich noch nicht völlig abgewandt haben. (Archour 2022: 320ff) Um Überzeugungen zu diskutieren braucht es mehr als eine Abendveranstaltung mit Diskussion. Es braucht Settings, Räume, die kontinuierliche Aushandlung auf Basis von zwischenmenschlicher Beziehung ermöglicht. Dann kann politische Bildung im Gespräch erfolgen und Einstellungen können verändert werden.

Dies ist unter anderem in Vereinsstrukturen, in sozialräumlichen Settings aber auch in Situationen denkbar, die zunächst einen ganz unpolitischen Berührungspunkt bieten – Anja Besand hat gute Erfahrungen mit politischer Bildung in der Hundeschule gemacht. (Besand 2022) Es gibt gute Beispiele für ganz verschiedene Situationen, die politikdidaktische Strategien gut operationalisieren. Sie sind auf der Webplattform

EINFACHGUTGEMACHT.JODDDID.DE

in Videoporträts mit kurzen didaktischen Kommentaren zusammengeführt und können Mut machen und inspirieren.

Was politische Bildung immer und mit Fug und Recht zurückweisen kann: Sie ist keine Feuerwehr. Missstände in Politik und Gesellschaft, kann sie nicht einfach weg bügeln. Sie kann wie beschrieben „nur“ Aushandlungs- und Reflexionsräume für demokratische Diskurse schaffen.

Die JODDID versteht sich seit ihrer Gründung 2020 als Innovationszentrum im Feld politischer Bildung und hat die Aufgabe, neue Formate, Methoden und Vermittlungskonzepte zu erforschen, fortzuentwickeln und sichtbar zu machen.



John Dewey
Forschungsstelle
für die Didaktik
der Demokratie

Sie unterstützt damit sächsische Akteur:innen der außerschulischen Bildung bei der Vorbereitung, Neuentwicklung und reflexiven Bewertung von Angeboten zur politischen Bildung vor dem Hintergrund einer herausfordernden gesellschaftlichen Lage. Der Fokus der Forschungsstelle ist in diesem Zusammenhang insbesondere auf den Bereich der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gerichtet. JODDID schließt damit im Kontext des fachlichen Austauschs der (außerschulischen) politischen Jugend- und Erwachsenenbildung die Lücke zwischen akademischer Infrastruktur und pädagogischer Bildungspraxis.

Quellen

Achour, Sabine (2021), Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung. In Andreas Zick/Betae Küpper (Hrsg.), Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratie – gefährdende Einstellungen in Deutschland 2021 (S. 311–329). Bonn: J. H. W. Dietz.

Autorengruppe Fachdidaktik (2016), Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht, Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.

Besand, Anja (2019), Kommentar zur Landtagswahl: Denn sie wissen, was sie tun. Online abrufbar unter <https://www.flurfunk-dresden.de/2019/09/02/kommentar-zur-landtagswahl-denn-sie-wissen-was-sie-tun/> [Letzter Zugriff: 3.9.2022, 19:46Uhr]

Besand, Anja (2022), Unsichtbare Politische Bildung in der Hundeschule, Abendschule der JoDDID Kollektion 2, Online abrufbar unter https://youtu.be/aojRPmZ2mB8?si=RYUg3s5Y6Jo_xDyx. Auch Schurig, Jörg (2022), Politische Bildung in der Hundeschule: Eine Dresdner Wissenschaftlerin hat es versucht. Online abrufbar unter <https://www.dnn.de/lokales/dresden/politische-bildung-in-der-hund-erschule-dresdner-wissenschaftlerin-hat-es-versucht-ZUHL3SMMWVLPaOKJJ2TTWCZRCM.html>. [Letzter Zugriff: 3.9.2022, 19:50Uhr]

Cremer, Henrik (2019), Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Analyse. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf. [Letzter Zugriff: 3.9.2022, 20:02 Uhr]

Decker, Oliver et al (2023), Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Policy Paper 2–2023, Leipzig.

EINFACH GUT GEMACHT (2023). www.einfachgutgemacht.joddid.de

John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie, www.joddid.de

Jugel, David; Lewerenz, Rico (2022), Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen? Eine Feldexploration. JoDDiD: https://tudresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/publikationen/Jugel_Lewerenz_2022_Wie-gehts-der-ausserschulischen-politischen-Bildung-in-Sachsen_-eine-Feldexploration.pdf?lang=de. [Letzter Zugriff 23.08.2023]

Lewandowsky, Marcel (2016), Zum Begriff Rechtspopulismus, <https://www.bpb.de/mediathek/video/246881/marcel-lewandowsky-zum-begriff-rechtspopulismus/>. [Letzter Zugriff: 3.9.2022, 19:50Uhr]

Negt, Oskar (2010), In dieser Gesellschaft brodeln es. Interview mit dem Spiegel. Online abrufbar unter <https://www.spiegel.de/spiegel/a-710880.html>. [Letzter Zugriff: 3.9.2022, 19:46Uhr] Auch ders. (2010) Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen: Steidl.

Priester, Karin (2012), Wesensmerkmale des Populismus, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus/> [Letzter Zugriff: 3.9.2022, 19:46Uhr]

untergehakt- Demokratieprojekte in Sachsen

Frank Schubert

15

Koordination Tolerantes Sachsen

In Sachsen gibt es eine differenzierte und vielfältige Landschaft von Demokratieprojekten. Die Zivilgesellschaft ist aber nach wie vor prekär aufgestellt. Um so wichtiger ist gegenseitige Unterstützung und Solidarität, gerade für Initiativen im ländlichen Raum.

Als im Jahr 2010 in Dresden zum vierten Mal der Sächsische Förderpreis für Demokratie verliehen wurde, verweigerte einer der nominierten Vereine öffentlichkeitswirksam die Annahme der Auszeichnung.[1] Das für den Hauptpreis vorgesehene Alternative Kultur- und Bildungszentrum (AKuBiZ) aus Pirna sollte auf Drängen des sächsischen Innenministeriums, das damals an der Preisvergabe beteiligt war, kurzfristig eine Art „Extremismusklausel“ unterschreiben und sich zur sogenannten freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen. Diese Klausel wurde danach zeitweise auch in verschiedenen Bundes- und Landesprogrammen zur Voraussetzung für eine Förderung von Demokratiearbeit gemacht. Die politische und juristische Auseinandersetzung mit dieser pauschalen Misstrauenserklärung [2] gegenüber Initiativen, die sich unter schwierigen Bedingungen für Menschenrechte und gegen Neonazismus einsetzen, nahm nicht zufällig von Sachsen aus ihren Anfang. [3]

Ignoranz und Diffamierung

Im Freistaat hatten sich Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre nach den

Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sowie in Reaktion auf die heute häufig als „Baseballschlägerjahre“ bezeichnete Zeit nach der Wiedervereinigung an mehreren Orten kleine Initiativen gegründet, um diesen gewaltvollen Zuständen etwas entgegenzusetzen. Dazu gehörten neben dem AKuBiZ zum Beispiel der Verein „Augen auf – Zivilcourage zeigen“ aus Zittau, das Treibhaus in Döbeln oder das Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen. Auch landesweite Träger wie das Kulturbüro Sachsen mit der Mobilien Beratung gegen Rechts, die RAA Sachsen mit der Beratung für Betroffene rechtsmotivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt oder das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) mit seinen Projektschultagen nahmen in dieser Zeit ihre Arbeit auf.

Neben neonazistischen Strukturen sahen sich diese Initiativen häufig mit Ignoranz seitens der von der CDU dominierten Politik auf kommunaler und Landesebene konfrontiert. Der damalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf hatte schließlich im Jahr 2000 verkündet, die Sachsen seien „immun gegen Rechtsextremismus“. Diejenigen, die das anders sahen und auf die von Neonazis und Rassist:innen ausgehenden Gefahren hinwiesen, galten gerade in kleineren Städten schnell als Nestbeschmutzer:innen. Gemäß der sogenannten Extremismus- oder Hufeisen-theorie wurde ihnen dann mitunter vorgeworfen, sie seien vermutlich selbst

Linksextremist:innen.

Um solchen Vorwürfen etwas entgegenzusetzen und in der Öffentlichkeit mehr Gehör zu finden, schlossen sich einige dieser neu entstandenen Vereine und Organisationen 2001 im Netzwerk Tolerantes Sachsen (ToISax) zusammen. [4] Während in anderen Bundesländern solche Bündnisse von „oben“, also durch die Landesregierung angeregt und gefördert wurden, handelt es sich beim ToISax um eine Gründung von „unten“. Im Selbstverständnis des Netzwerks wird explizit ausgeschlossen, sich für Aufgaben, die in staatlicher Verantwortung liegen, insbesondere ordnungspolitischer Art, instrumentalisieren zu lassen. Die Extremismustheorie mit ihrer Gleichsetzung von „Rechts-“ und „Linksextremismus“ wird als unproduktive Vereinfachung abgelehnt, die die notwendigen Analysen sächsischer Problemlagen sowie die Stärkung demokratischer Alltagskultur behindert. [5]

Veränderte Problemwahrnehmung

Tätigkeitsfelder des Netzwerks Tolerantes Sachsen sind u.a. die gegenseitige Unterstützung, die Vermittlung von Know-How sowie die Solidarisierung bei Angriffen auf zivilgesellschaftliche Initiativen. Außerdem haben das Netzwerk und seine Mitglieder über die Jahre durch Lobby- und Gremienarbeit daran mitgewirkt, die Problemwahrnehmung auf Landesebene und konkret vor Ort zu verändern. Nicht zuletzt wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie notwendig demokratische Bildungsarbeit und Freiräume für Betroffene von rechter Gewalt und Diskriminierung sind, um Einstellungen und Strukturen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit langfristig zurückzudrängen. Der erstmalige Einzug der neonazistischen NPD in den sächsischen Landtag, mit 9,2 Prozent im Jahr 2004, ließ das Bewusstsein dafür auch bei konservativen politischen Akteur:innen wachsen. Eine Folge war 2005 die Schaffung des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für

Demokratie und Toleranz“ (WOS) durch die damalige CDU-SPD-Koalition. Über dieses und weitere Programme von Land und Bund sowie Mittel von Stiftungen konnten zivilgesellschaftliche Initiativen Projekte zur Stärkung der Demokratie und zur Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungen und Handlungen entwickeln.

Mittlerweile hat das Netzwerk Tolerantes Sachsen 140 Mitglieder aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten. [6] Viele Initiativen haben sich professionalisiert und teilweise auf bestimmte Themen spezialisiert. Im Rahmen von Förderprogrammen sind viele Strukturen neu entstanden oder konnten ausgebaut werden: Partnerschaften für Demokratie, aus Bundesmitteln geförderte Modellprojekte, Orte der Demokratie, regionale und landesweite Fachnetzwerke.

Neben dem ToISax gibt es inzwischen weitere Netzwerke und Zusammenschlüsse für bestimmte Themen und Zielgruppen, wie zum Beispiel die LAG Queeres Netzwerk Sachsen, die sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG), das Netzwerk für eine Antidiskriminierungskultur in Sachsen (nadis), das „Bündnis gegen Rassismus – für ein gerechtes und menschenwürdiges Sachsen“ oder den Dachverband Sächsischer Migrant:innenorganisationen (DSM). Gerade die zunehmende Selbstorganisation und das Empowerment von marginalisierten Gruppen ist eine wichtige Entwicklung.

Strukturell schwache Zivilgesellschaft

Trotz dieses hartnäckigen Engagements von vielen Akteur:innen und der Ausdifferenzierung in den letzten Jahren ist die demokratische Zivilgesellschaft in Sachsen nach wie vor stark abhängig von öffentlicher Förderung. Anders als vielleicht in den westdeutschen Bundesländern sind hier die Strukturen von Parteien, Kirchen oder Gewerkschaften nur schwach ausgeprägt. Damit fehlen Orte für den demokratischen Diskurs. Die inzwischen

tolerantes sachsen

Das Netzwerk Tolerantes Sachsen ist eine Plattform von mehr als 130 sächsischen Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich für die Förderung demokratischer Kultur und gegen Einstellungen der Ungleichwertigkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einsetzen.

www.tolerantes-sachsen.de

gewachsenen und professionalisierten zivilgesellschaftlichen Organisationen können dieses strukturelle Defizit bisher noch nicht ausgleichen. Die finanzielle Unterstützung für Vereine aus privaten Spenden, Fördermitgliedschaften oder Sponsoring von Unternehmen ist aufgrund der ökonomischen Lage und einer anderen Spendenkulturebenefalls oft begrenzt. Spendenkampagnen auf den bekannten Crowdfunding-Plattformen sind eher die Ausnahme statt die Realität hiesiger Vereine. Die Projektförderung, auf die die meisten Vereine und Netzwerke aus dem Bereich der Demokratiebildung daher angewiesen sind, ist Fluch und Segen zugleich: Die Mittel ermöglichen (hauptamtliche) Arbeit, sind aber meist befristet. Die Antragstellung und Abrechnung erfordert – da es sich um Steuergelder handelt – einen bürokratischen Aufwand, der für kleinere, ehrenamtliche Initiativen oft nur schwer zu stemmen ist. Außerdem unterliegen die Programme und ihre konkrete inhaltliche Ausrichtung immer wieder politischen Konjunkturen. Hier könnte ein Demokratiefördergesetz auf Bundesebene Abhilfe schaffen, um Strukturen langfristig zu unterstützen. Gerade auf kommunaler Ebene gibt es immer wieder Bestrebungen, die Zuschüsse für seit langem etablierte Träger zu kappen. Als Vorwand dafür dient häufig der Vorwurf einer mangelnden „politischen Neutralität“. [7]

Manche Vereine entscheiden sich deshalb bewusst oder aufgrund von wiederholten ablehnenden Bescheiden gegen eine öffentliche Förderung. In Reaktion auf die Erfolge der AfD in den ostdeutschen Bundesländern sind deshalb in den letzten Jahren mit dem Netzwerk Polylux [8] oder dem Verein „Land in Sicht“ aus Leipzig [9] Strukturen entstanden, die mit privaten Spenden und Fördermitgliedschaften explizit Initiativen im ländlichen Raum in Ostdeutschland bzw. Sachsen unterstützen. Was mit einer Crowdfunding-Kampagne möglich ist, aber auch wie aufwändig so eine Finanzierung sein kann, hat die Between the Lines gGmbH aus Grimma 2021 mit der #HikeFor-Kampagne bewiesen. [10] Derzeit können diese Ansätze jedoch (noch) nicht das Fördervolumen großer bundesweiter Programme wie „Demokratie leben!“ oder landesweiter Programme wie dem „Weltoffenen Sachsen“ kompensieren. Es wäre auch nicht wünschenswert, da es eine öffentliche Verantwortung gibt, lokalen Strukturen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips finanzielle Mittel bereitzustellen. Dennoch ist es ein notwendiger Schritt in Richtung einer diversifizierten und somit unabhängigeren Förderlandschaft.

Aufgrund der Herausforderungen angesichts der Wahlen 2024 ist es für demokratische Vereine und Projekte in Sachsen erforderlich, eng und abgestimmt miteinander zu kooperieren und sich nicht auseinander dividieren zu lassen. Das TolSax ist hierfür eine wichtige Austauschplattform und Treiber für eine unabhängige und selbstbewusste Zivilgesellschaft in Sachsen. Wir müssen eigene neue Wege für die Finanzierung unserer Projekte erproben und dafür entsprechende Risiken eingehen. Wichtig dafür ist eine breite lokale, landesweite sowie mitunter auch bundesweite Unterstützung, die sich unterhakt, gute Projekte unterstützt und jede Delegitimierung zivilgesellschaftlichen Engagements entschieden zurückweist.

Quellen

[1] PM des AKuBiZ vom 09.11.2010:

<https://akubiz.de/38-verein/news/382-an-nahme-verweigert-das-akubiz-pirna-ev-lehnt-saechsischen-demokratiepreis-ab>
siehe auch: <https://taz.de/Saechsischer-Demokratiepreis/!5132497>

[2] Amadeu-Antonio-Stiftung:

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/extremismusklausel>

[3] Amadeu-Antonio-Stiftung: Der seit 2007 vergebene Demokratie-preis wird immer noch verliehen, seit 2012 unabhängig von staatlichen Institutionen. Siehe:

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/saechsischer-foerderpreis-fuer-demokratie/>

[4] Tolerantes Sachsen:

<https://www.tolerantes-sachsen.de/das-netzwerk>

[5] Tolerantes Sachsen:

<https://www.tolerantes-sachsen.de/selbst-verstaendnis>

[6] Tolerantes Sachsen:

<https://www.tolerantes-sachsen.de/das-netzwerk/initiativen-uebersicht>

[7] Treibhaus Döbeln:

Ein Beispiel dafür ist das Treibhaus Döbeln, siehe die Stellungnahme des Vereins vom 20.12.2019: <https://treibhaus-doebeln.de/stellungnahme-des-treibhaus-e-v-wir-sind-und-was-gerade-los-ist>

und <https://www.deutschlandfunkkultur.de/treibhaus-e-v-in-doebeln-afd-setzt-saechsischen-verein-100.html>.

[8] PolyLux Netzwerk:

<https://www.polylux.network>

[9] Land in Sicht e.V.:

<https://land-in-sicht-ev.de>

[10] #hikefor Kampagne:

<https://www.startnext.com/hikefor> und <https://hikefor.de>

mit Rechten in der Schule – engagiert in Kommunen

NDC Sachsen

Demokratieprojekte des Netzwerks für Demokratie und Courage in Sachsen

Rechten Tendenzen entgegenzutreten und diejenigen zu unterstützen, die eine offene diskriminierungssensible und inklusive Schule gestalten wollen, ist Ziel der Demokratieprojekte des Netzwerks für Demokratie und Courage (NDC) in Sachsen. So bietet das NDC Schulen seit über 20 Jahren Projektstage für Schüler:innen zum Umgang mit Diskriminierung, Rassismus und menschenverachtenden Einstellungen an. Seit 2015 können sich zudem in Sachsen Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter:innen, aber auch Schulleitungen und Eltern beraten und begleiten lassen, wenn sie entsprechende Vorfälle an ihrer Schule bearbeiten oder präventive Maßnahmen ergreifen möchten. Das Angebot umfasst mittlerweile eine Vielzahl an Fortbildungsmöglichkeiten und richtet sich an alle Schulformen in Sachsen. Auch die Betreuung der Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen oder erlangen wollen gehört dazu.

Aufstieg Neuer Rechter auch an Schulen

Rechte Raumnahme macht auch vor Bildungseinrichtungen nicht Halt. Schulen als Orte des sozialen Miteinanders und Lernens werden von rechten Akteuren strategisch genutzt, um junge Menschen für ihr menschenverachtendes Weltbild zu werben und sie in ihrer politischen Willensbildung zu beeinflussen. So wurden

beispielsweise an den von uns betreuten Schulen Flyer und Sticker von rechten Jugendorganisationen verteilt oder sogar deren Banner am Schulgebäude gehisst.

Eine Herausforderung im Umgang mit rechten Tendenzen an Schulen ist, dass im Gegensatz zum Neonazismus der 90er Jahre rechte Gesinnungen schwerer zu erkennen sind – das Bild des Neonazis mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln ist längst nicht mehr aktuell. Menschenverachtende Positionen werden sehr viel subtiler gezeigt und durch die Diskursverschiebungen der letzten Jahre auch oft nicht mehr als solche gedeutet. Dies erschwert es pädagogischen Fachkräften rechtes Gedankengut zu erkennen. Szenecodes wie das Keltenkreuz, die Schwarze Sonne oder die „White Power“ Faust, Symbole mit germanischen Bezügen oder uneindeutige Dresscodes und Modemarkenverunsichern Fachkräfte darin, wie sie die entsprechenden Symboliken und Äußerungen einzuordnen und insbesondere zu ahnden haben. Der nachvollziehbare Wunsch, zu wissen, was verboten und nicht verboten ist, ist häufig ein erstes Anliegen für Fortbildungsanfragen. Die Nachfrage nach Workshops zu rechten „Codes und Styles“ sowie Argumentations- und Handlungstrainings für pädagogisches Personal ist entsprechend hoch.

Eine weitere ernst zu nehmende Herausforderung besteht darin, dass es – ganz im Sinne der Neuen Rechten – Versuche gibt, die Institution Schule von innen heraus zu verändern. So sei auf die Kampagne einer rechten

Jugendorganisation verwiesen, die neben Sticker- und Plakataktionen gegen „Fridays for Future“ sich auch gegen Schulen mit dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wandte – beispielsweise wurde ein entsprechendes Schild einer kooperierenden Schule beschädigt und mit dem Aufkleber „Schule ohne Greta – Schule mit Verstand“ versehen. Wir kennen auch Berichte von Schulen, in denen rechte Jugendliche weniger zurückhaltend sind und ein Klima von Angst und Bedrohung schaffen.

Normalisierung rechter Begriffe und Sprache

Zu beobachten ist, dass die allgemeine Diskursverschiebung sich auch an Schulen zeigt und rechtes Vokabular zum Teil normal geworden ist. Von „Flüchtlingswelle“ und „Überfremdung“ zu sprechen scheint genauso wenig geächtet wie die Begriffe „Gender-Wahn“ oder „Frühsexualisierung“. Gegenrede und Kritik an Begrifflichkeiten und Sprache wird direkt als „links“ oder „moralisierend“ verunglimpft und nicht selten stehen dann gerade jene im Fokus, die sich gegen rechtes Gedankengut stark machen. Mit Verweis auf eine vermeintlich gebotene „Neutralität“ oder „das Recht auf Meinungsfreiheit“ werden menschenrechtsorientierte, demokratische Gegenpositionen dann häufig diskreditiert. Sehr zur Verunsicherung aller Zuschauer:innen. Rechte Akteure und Parteien nutzen auch die Themen „Gender“, „sexuelle Orientierung“ und „Sexualität“, um durch Identifikation vermeintlich schädlicher Unterrichtsinhalte liberal-demokratische Positionen in der Schule anzuprangern. Im Fokus stehen aber nicht nur die Schulen, sondern auch deren Kooperationspartner:innen, die schulische Angebote für Vielfalt und ein diskriminierungssensibles Miteinander unterbreiten. Beispielsweise stand jüngst das Projekt „Schule der Vielfalt“ im Fokus der AfD.

Digitalisierung und Hatespeech

Ein Großteil der Kommunikation unter Jugendlichen spielt sich im digitalen Raum ab. Zu diesem haben Pädagog:innen nur begrenzt Zugriff und auch Eltern haben nur sehr eingeschränkt Einblick in die digitale Welt ihrer Kinder. Memes mit anti-semitischen, rassistischen oder Holocaust-verleugnenden Inhalten können hier leicht geteilt und vor allem auch schnell weiterverbreitet werden. Im digitalen Raum sind Betroffene noch weniger sichtbar, couragierte Gegenrede zu Hasskommentaren und verrohter Sprache noch weniger präsent.

Es fehlt vielerorts an medienpädagogischen Angeboten, die junge Menschen im Umgang mit sozialen Medien schulen und auf die Gefahren von Fake-News und Verschwörungsmmythen im Netz aufmerksam machen. Dies machen sich auch rechte Influencer zu nutzen, die ansprechend hip, cool und jugendlich und oft sehr professionell menschenverachtende Positionen verbreiten – besonders in Youtube-Videos, die für Jugendliche i.d.R. eine wichtige Informationsquelle darstellen. Jüngstes Beispiel aus unserer Beratungsarbeit ist der Youtuber Leonard Jäger, der als „Ketzer der Neuzeit“ rechte Botschaften jugendlich ansprechend verbreitet.

Schulen unter Druck

Schulen stehen darüber hinaus unter einem enormen gesellschaftlichen und medialen Druck. Gesellschaftliche Missstände treten nicht nur in Schulen zutage, sondern sollen gleichzeitig von den Schulen gelöst werden. Mit Blick auf die Verbreitung von Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hört man vielerorts: „Da muss man schon in der Schule ansetzen!“ Gefolgt oftmals von einem „Später kann man da nicht mehr viel machen.“ Nur allzu viele Erwachsene sehen nun die Jugend und damit das Wirkungsfeld der Institution Schule als einzige Hoffnung. Schulen sind



Netzwerk für Demokratie
und Courage

Das Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen ist seit 1999 auf lebendige politische Bildung und Beratung gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit spezialisiert. Sie qualifizieren junge Engagierte und setzen sich für eine offene Gesellschaft in Sachsen ein.

zuständig für Integration, Inklusion oder Digitalisierung. Herausforderungen, die auch viele Lehrkräfte und Schulgemeinschaften mangels Ressourcen, Fortbildung oder Ausstattung überfordern. Der in Sachsen aktuell gravierende Lehrkräftemangel tut sein Übriges.

Der Umgang mit Diskriminierung, Rassismus oder Rechtsextremismus folgt in den meisten Fällen keiner abgestimmten Strategie. Aus Unsicherheit und Zeitknappheit werden menschenverachtende Äußerungen oder Symboliken manchmal geduldet oder ignoriert, womit Lehrkräfte oftmals sehr unzufrieden sind. Fehlende Handlungssicherheit ist ein wesentliches Hindernis, das eine angemessene Intervention verhindert. Auch die Sorge um den Ruf der Schule scheint nicht selten ein Hinderungsgrund für eine Auseinandersetzung mit rechten Positionen zu sein. Oder aber die Auseinandersetzung wird gescheut, um sich nicht einem Shitstorm rechter Akteure auszusetzen. Ob Schulen rechten Tendenzen an Schulen aktiv entgegen-treten, hängt dann meistens von Einzelpersonen und deren Rückhalt im Kollegium ab – sowie der Unterstützung der Schulleitung und nicht zuletzt der Schulverwaltung.

Und trotzdem gibt es sie: Die engagierten und mutigen Lehrkräfte, Sozialpädagog:innen, Kinder und Jugendliche, die auch unter schwierigen Umständen tagtäglich menschenverachtenden Positionen ent-

gegentreten, eine integrative und inklusive Schule leben und das auch in Gegenden, in denen bereits eine demokratiefeindliche Stimmung zu spüren ist. Sie brauchen zeitliche und personelle Ressourcen, Kraft, Ausdauer und viel Unterstützung!

Engagierte brauchen Unterstützung

Diese Einzelpersonen zu unterstützen, ist u.a. auch Aufgabe der Schulprozessberatung des Netzwerks für Demokratie und Courage in Sachsen. Die Berater:innen helfen durch die gemeinsame Analyse dabei, wo und wie bisher nicht eingebundene Personen und Partner aktiviert, Multiplikator:innen geschult sowie Betroffene einbezogen werden können. Zur Wahrheit gehört jedoch dazu, dass auch die Mobile Beratung mancherorts keine Wunder bewirken kann: In manchen Fällen finden sich kaum Verbündete an der Schule oder im Ort – und wenn, dann ist die Gruppe so klein, dass sie kaum eine Chance hat.

Verlassen diese Engagierten aus Angst, Frust oder aufgrund mangelnder Unterstützung aus dem schulischen Umfeld die jeweilige Schule, so fehlen dann oft auch die Angebote des NDC, die die Lehrkraft an der Schule betreut und begleitet hat. Sei es, dass Projekttagge nicht mehr gebucht oder die Schüler:innen-AG von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ nicht mehr weiter begleitet wird und das Engagement folglich oft vollständig zum Erliegen kommt. Wenn dann Kommunen rechts dominiert werden, fällt darüber hinaus auch die Unterstützung von Initiativen, Jugendzentren und Vereinen vor Ort weg, die aufgrund mangelnder Finanzierung wegbrechen. Wir brauchen daher in den Schulen, im Sozialraum, in der Schulverwaltung und in den Gemeinden engagierte und verantwortungsvolle Menschen, die sich gegenseitig unterstützen. Und wir brauchen auch außerhalb von Schulen soziokulturelle Angebote und Schutzräume für diejenigen, die sich die Rechte zum Feindbild gemacht hat.

uns nicht lähmen lassen von Wut und Ohnmacht

NDK Wurzen

Im Dezember 1999 wurde das Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK) in einer Hinterhof-Fahrradwerkstatt am Rande der Wurzener Innenstadt von einer handvoll Menschen gegründet. In der zweiten Jahreshälfte 2024 wird der Verein ein denkmalgeschütztes ehemaliges Domherrenhaus im Herzen der Altstadt mit Hilfe dutzender ehrenamtlicher Baueinsätze, erheblicher Fördergelder und zahlreicher Spenden vollständig saniert und das bisher als Kultur- und Bürger:innenzentrum „D5“ genutzte Gebäude um ein Tagungshaus erweitert haben. Mittlerweile stellen knapp 20 Hauptamtliche gemeinsam mit 50 bis 60 Ehrenamtlichen ein umfangreiches und vielfältiges Angebot an Veranstaltungen und Projekten, Beratung, Vernetzung und Recherche auf die Beine. Wie konnte es zu dieser „Erfolgsgeschichte“ kommen? Oder anders gefragt: Wieso gibt es uns eigentlich nach über 20 Jahren immer noch in Wurzen?

Wir bekommen keinerlei institutionelle Förderung, d.h. wir müssen jährlich immer wieder neu Projektgelder beantragen und bewilligt bekommen, um selbst die grundlegenden Kosten für Personal und Betrieb des Hauses decken zu können. Wir sehen uns seit der Gründung Angriffen auf uns und unsere Räumlichkeiten ausgesetzt – sie reichen von Hassmails und öffentlichen Anfeindungen über Schmierereien, Farb- und Urinbeutelattacken bis hin zu eingeschlagenen Scheiben und einem Bombenanschlag. Vor allem das Haus, welches wir 2001 käuflich erworben haben, ist die wichtigste

Basis für unsere fortwährende Existenz – schon den NDK-Gründer:innen war klar, dass der Verein ohne ein eigenes Gebäude keine Zukunft in Wurzen haben würde. D5 bietet Raum für bürgerliches Engagement – unabhängig von den Launen und Zwängen anderer. Erwerb, Finanzierung, Ausbau und Betreuung wären nicht möglich ohne eine breite lokale, regionale und bundesweite Unterstützung. Das „Netzwerk“ im Vereinsnamen ist keine leere Worthülse, es ist Programm bei uns und trägt wesentlich zum Erfolg unserer Arbeit bei: schon 2004 gründeten wir vor Ort einen Beirat aus deutungsmächtigen Akteur:innen, die wichtige Lobbyarbeit für unsere gemeinsamen Ziele in der Stadt und auf Kreis-Ebene machen. Durch die enge Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen in zahlreichen Gremien erhalten wir nicht nur eine wichtige und sehr unterstützende Anerkennung für unsere Arbeit, sondern wirken so auch über die Stadt und Region hinaus. Vernetzung und Austausch mit ähnlichen Träger:innen ermöglichen es uns, die gegenseitige Expertise zu nutzen, uns breiter aufzustellen, eine bessere Lobby zu haben und ansatzweise Psychohygiene zu betreiben.

Auch bzgl. unseres Themenspektrums haben wir uns von Anfang an breit aufgestellt und verstehen uns als Impuls – und Ideengeber:innen. Dadurch haben wir eine größere Bandbreite und Reichweite sowohl hinsichtlich des erreichten Publikums als auch bei der Akquise von Fördermitteln. In den letzten 20 Jahren konnten wir einen reichen Erfahrungsschatz im Bereich Fördermittelakquise und

-verwaltung ansammeln, was sehr hilfreich ist im Dschungel der Projektfinanzierung. Mit dem zunehmenden (personellen) Wachstum des Vereins ging der Wille einher, sich weiter zu entwickeln: Wachstum zuzulassen, aber dann eben auch sich einem Organisationsentwicklungsprozess zu unterziehen mit Selbstreflexion, Evaluation, dem Lernen aus Fehlern und der Implementierung wirksamer Instrumente für die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt im Team. Damit haben wir es geschafft, über die Jahre ein Team aus zähen Mitstreiter:innen aufzubauen bzw. zu erhalten: in ihrer Altersstruktur und von ihren Kompetenzen her diverse Hauptamtliche, die mit großem Idealismus an einem Strang ziehen und Ehrenamtliche, die den Verein mit ihrem Engagement mittragen und Rückhalt bieten. In unserem Fall führte das Problem der Projektförderlogik und unsicheren Finanzierung nicht zu einem Fachkräftemangel; und glücklicherweise nur sehr selten mussten wir Mitarbeitende (vorübergehend) entlassen. Nicht wenige Kooperationspartner:innen in der Stadt/Region betrifft diese Problematik jedoch. Demokratietarbeit ist Beziehungsarbeit, sie ist zeitintensiv und mühsam und sie braucht Kontinuität nicht nur bei uns, sondern auch bei unseren Partner:innen. Nicht selten kommen wir, trotz dessen, dass wir mittlerweile sehr gut aufgestellt sind, mit unseren personellen Ressourcen an unsere Grenzen. Die Bedarfe an demokratischer Bildungsarbeit sind hoch, aber es gibt viel zu wenig Angebote, weil die Finanzierung fehlt. Darüber hinaus sind es vor allem die mobilen Formate, mit denen wir zu den Menschen hingehen, wie z.B. die Open Air Film-Tour oder das Pop up Café, die besonders viele Ressourcen brauchen. Andererseits ist genau dieser niedrigschwellige Zugang ein elementarer Bestandteil unserer Arbeit. Dadurch bieten wir die Möglichkeit einer Teilnahme, unabhängig von den vorurteilsbedingten Hemmungen mancher Menschen, in unser Haus zu kommen. Außerdem erreichen wir so als Laufpublikum auch Bürger:innen, die

keine Zeitung lesen und nicht in der Lage sind, unsere Online-Öffentlichkeitsarbeit wahrzunehmen. Wir bewegen uns immer auch im Spagat zwischen dem Problem, mehr Menschen erreichen zu wollen, aber gleichzeitig wichtige, marginalisierte oder schwierige Themen ansprechen zu wollen, die dann weniger Publikum finden. Die Teilnehmendenanzahl ist überhaupt sehr formatabhängig: Punkkonzerte z.B. sind meist ausverkauft, Lesungen werden teils nur von einer handvoll Menschen besucht. Viele trauern gerne alten Zeiten hinterher und jammern etwa, dass es keine Kneipen oder Kinos mehr gibt – aber kommen dann nicht zu den Veranstaltungen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Menschen ein sehr großes Bedürfnis haben, über ihre eigenen Probleme zu reden, angehört und ernst genommen zu werden. Projekte mit biographischem Ansatz haben sich bewährt, um Menschen zu aktivieren und zum Nachdenken anzuregen. Koppelt man den persönlichen Bezug mit niedrigschwelligen Begegnungen und den Biographien anderer, entsteht häufig Verständnis und weiteres Engagement. Dieser Ansatz hat sich z.B. bei Projekten über Fluchtgeschichten aus der DDR und Syrien bewährt oder bei der Schreibwerkstatt „Heldinnen wie wir“, bei der u.a. Vertriebene aus Schlesien ihre Geschichten mit aus dem Iran geflüchteten Frauen teilten. Kontinuierlich kamen und kommen immer wieder neue Menschen und Projektideen hinzu, aus unterschiedlichen Richtungen. Die Bandbreite unserer Themen und unsere Offenheit für Neues fördert das. Über allem steht unser Leitbild, welches die zentralen Ziele unserer Arbeit vereint.

Mit D5 als offenem Haus, als Ort der Demokratie, steht überdies ein Ankerpunkt für alle interessierten und engagierten Menschen zur Verfügung und dient gleichzeitig als Treffpunkt für Menschen, die neu in der Stadt sind, in Kontakt kommen und sich informieren wollen. Mit den steigenden Mieten wird Wurzen auch für Menschen aus Leipzig interessant, die großstädtisches Flair in die Stadtgesell-

schaft tragen könnten. Neben der guten Infrastruktur und Verkehrsanbindung sehen mittlerweile viele das D5 als „weichen Standort- und Haltefaktor“ mit Mehrwert, den es zu unterstützen gilt.

Nach den Anschlägen auf das im Juli von uns in der Innenstadt eröffnete MitMach-Café überzog auch vor Ort die Empörung. Immer wieder kamen Nachbar:innen und Bürger:innen mit aufmunternden Worten und Angeboten, beim Säubern der Scheiben zu helfen. Dies werten wir als kleinen, aber wichtigen Schritt weg von der weit verbreiteten Haltung „Das geht mich nichts an, ich kann ohnehin nichts bewirken.“ Wir hoffen, dass aus diesem Unmut der Impuls für weiteres Engagement entsteht – wohl wissend, dass viele Angst haben, den schützenden Kreis der „schweigenden Mehrheit“ zu verlassen. Hier müssen wir mit gutem Beispiel voran gehen:

uns nicht lähmen lassen von Wut und Ohnmacht; flexibel und kreativ immer wieder gute Ideen spinnen und mit Enthusiasmus und Begeisterungsfähigkeit Mitstreiter:innen für deren Umsetzung

gewinnen; dabei mit Umsicht und Empathie ein offenes Ohr am Zeitgeschehen haben. Mit einer gesicherten Finanzierung und ohne den oft starken Gegenwind auch von politischer Ebene wäre diese herausfordernde Arbeit ohne Zweifel deutlich leichter zu stemmen. Da wir jedoch wenig Hoffnung haben, dass sich diese Faktoren in absehbarer Zeit maßgeblich ändern werden, setzen wir einstweilen auf das, was sich in den letzten 20 Jahren bewährt hat:

Geduld, Hartnäckigkeit, ein langer Atem, Ausdauer, Sturheit, Mut, starke Nerven und das Wissen um die gute Sache, für die wir kämpfen.

Auch weiterhin werden wir die Mühen der Ebenen aushalten, vor den steilen Bergen nicht zurück schrecken und uns nicht blutig stoßen an den Steinen, die uns in den Weg gelegt werden – ohne den Humor, den Glauben an eine bessere Welt und an die Sinnhaftigkeit, dessen, was wir da tun, zu verlieren. Wir halten es da ganz mit Albert Camus: „Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen.“



Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.

Der Verein Netzwerk für Demokratische Kultur aus Wurzen ist ein langjähriger Träger und zivilgesellschaftlicher Akteur in Sachsen. Mit ihrer Geschichte und ihren weitreichenden Tätigkeiten sind sie beeindruckendes Beispiel für Nachhaltigkeit – trotz alledem. Ihre Schwerpunkte liegen in den Bereichen Bildung, Beteiligung, Vernetzung und (Erinnerungs-) Kultur.

www.ndk-wurzen.de

In konflikthafter Verbundenheit.

Chancen einer politisch positionierten Jugendarbeit und einer lebensweltorientierten politischen Bildung

25

Kai Dietrich

Gemeinsamkeiten und Unterschiede von politischer Bildungsarbeit und Jugendarbeit

Die Chance in einem Beitrag dieses Umfangs die Vermittlung der Bereiche politische Bildung und Jugendarbeit zu leisten, muss im Ergebnis auf Skizzenhaftes und auf Andeutungen beschränkt bleiben, hat sich doch allein die Expert:innengruppe um den 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (vgl. BMFSFJ 2020) hierfür viele viele Seiten gegönnt. Es kann davon ausgegangen werden, dass beide Felder sich – zieht man ausschließlich die entsprechend demokratischen Akteur:innen in Betracht – dem Ermöglichen von (mehr) Selbstbestimmung (vgl. Corax 5/2022) und der Herrschaftskritik (vgl. Corax 6/2022) verschrieben haben. Beide haben ihre Wurzeln letztlich zu beträchtlichen Teilen in den Bemühungen einer Re-Education der Jugend in der postfaschistischen Gesellschaft. Für die Diskussion relevant erscheint, dass beide Felder unterschiedlich gelagert sind. Während die politische Bildung als ein Handlungsfeld bezeichnet werden kann, was in Schule, Verband, Berufsbildung oder eben auch in der Jugendarbeit stattfindet, häufig in projekthafter Form, ist die Jugendarbeit wiederum ein konkretes Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe, mit einem spezifischen sozialpädagogischen Setting. Demokratische Bildung kann zwar als ihr eigentlicher Wesenskern (vgl. §11 SGB VIII) bezeichnet werden, steht sie doch – dem Ideal nach – für einen Bildungsraum, der auf mündig-

emanzipatorische Subjektivität und kritisch-solidarische Gemeinschaftlichkeit ausgerichtet ist, hat aber gleichzeitig viele Inhalte, in denen „das Politische“ nicht im Vordergrund steht.

Handlungsleitende Prinzipien und Strukturqualitäten

Wie dann demokratische Bildung hier funktionieren soll? Indem sich die Jugendarbeit spezifischen Prinzipien verschreibt. Offenheit, Freiwilligkeit, Niedrigschwelligkeit und Interessenorientierung (Schwanenflügel/Schwerthelm 2021, Sturzenhecker 2013) sollen dafür sorgen, Räume demokratischen Miteinanders und demokratischer Beteiligung zu erleben und sich hier aktiv einzubringen. Die Orientierung an den Interessen soll gleichzeitig auch mit Blick auf eine demokratische Bildung Sorge dafür tragen, dass junge Menschen Mündigkeit entwickeln, indem sie auch im Kontakt mit den Jugendarbeiter:innen die politischen Themen in den individuellen und kollektiven Bewältigungsanforderungen und Gestaltungsansprüchen in und an ihrem Alltag wieder erkennen und sich kritisch darauf beziehen können. Nimmt man als einen handlungsleitenden Prinzipienkanon der politischen Bildungsarbeiten den „Beutelsbacher Konsens“, dem in den letzten Jahren häufig ein nicht

wirklich auffindbares Neutralitätsgebot angedichtet wurde, so finden sich Anforderungen an die Maßnahmen der politischen Bildung, sie nicht „übereinander“, dafür kontrovers und orientiert an ihren Adressat:innen auszurichten. Auch hier findet sich der Bezug zu Interessen, Interessenlagen und Mündigkeit (vgl. u.a. Bundeszentrale für politische Bildung 2023).

Reichweiten und andere Grenzen

In der bundesweiten Fachlandschaft entsteht der Eindruck, dass das Feld der politischen Bildung, mindestens mit Bezug zu jungen Menschen, vor allem spezifische politische Themen und gesellschaftliche Dynamiken aufgreift und hierzu arbeitet. So gibt es mit Blick auf eine sich diversifizierende Gesellschaft eine schier unendliche Palette an Projekten zu Migrationsgesellschaft, Diversity, gegen Rassismus, Heterosexismus, Neonazismus usw. Allein in der monothematischen Angebotsanlage kann sich aber die Tendenz finden, folglich weniger kontrovers und orientiert an den Adressat:innen ausgerichtet zu sein. Die teilweise notwendige inhaltliche Verdichtung kann dazu führen, weniger Brücken in andere Herrschaftsdimensionen und damit in das potentielle Alltagserleben der Adressat:innen schlagen zu können.

Eine relative soziale Distanz zwischen den umsetzenden Trainer:innen (bspw. politisch engagierte Studierende) und den jugendlichen Adressat:innen (bspw. lose Clique mit gemeinsamen Freizeitinteressen) können hier ebenfalls Widerstände oder mindestens Unverständnis auf beiden Seiten mit sich bringen und Bildungsprozesse damit verhindern oder erschweren. In dem Zusammenhang muss aber auch ernst genommen werden, dass ein Teil der adressierten Jugendlichen vor allem wenn sie sich als „rechts“, „nationalistisch“ o.ä. verstehen, dieses Bild gegen vermeintliche „linksextreme“ und „undemokratische“ Trainer:innen nutzt und damit die eigenen

politischen Haltungen als „normal“ und antidemokratische Widerstände gegen ein Angebot als angemessen zu verschleiern versuchen.

Wenn man die beiden Felder in ein Bild bringt, in dem verschiedene Dimensionen von Diskriminierung und Demokratieablehnung horizontal als Säulen von Herrschaft nebeneinander stehen, dann arbeitet die Jugendarbeit überwiegend nicht fokussiert auf eine dieser Säulen, also klassenbezogene, rassistische, heterosexistische oder andere Machtverhältnisse sondern vertikal „in der Breite“, demzufolge erstens mit Blick auf Gesellschaft als Ganzes und zweitens in Orientierung an den konkreten, individuellen Auseinandersetzungs- und Aufwuchsprozessen der Besucher:innen. Diese vertikale Arbeit orientiert sich im Kern daran, demokratische Aktivierung, Interaktion und Beteiligung ausgehend von den jungen Menschen selbst in Gang zu setzen. Die Pädagogik der Jugendarbeit folgt dabei der subjektbezogenen Grundauffassung, dass die Themen die Jugendlichen selbst bearbeiten wollen und die demokratischen Settings, welche sie selbst mit herstellt haben, sich wirksamer in die eigene Identität einschreiben, als vorgesetzte Themen und durchgeplante Projekte. Immer wieder wird kritisch angeführt, dass dieses allgemeine Herangehensweise – die Mündigkeit und Emanzipation vor allem aus dem subjektiven Beteiligungserleben herleiten – konkrete Bildungsziele mit Blick auf relevante Themen der Gesellschaft (Nationalismus, Rassismus, Antifeminismus) kaum erreichen. Hinzu komme, dass die Prinzipien von Offenheit, Freiwilligkeit, Niedrigschwelligkeit und Interessenorientierung erstens ein Ausweichen vor Kritik und Konflikt im Kontakt mit den Jugendarbeiter:innen erleichtern und zweitens bestimmten Jugendlichen die Aneignung von Räumen und Angeboten ermöglichen, welche gerade nicht für Diversität und Demokratie stehen. Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass diese Kritik „von außen“ übersieht, wie sich die professionelle Pädagogik im

konkreten Arbeitsfeld der Jugendarbeit – nämlich als stetiges Arrangieren von (Bildungs-)Settings – vollzieht. Sie kann aber dort hilfreich sein, wo sie an Debatten aus der Jugendarbeit selbst anschließt, die die Spannungsfelder der eigenen Qualitäten ernst nimmt und sich nicht offen für alle Haltungen, Akzeptanz von Diskriminierungen oder ausschließende Raumübernahmen zeigt (vgl. AK Kommunale Jugendarbeit Marburg-Biedenkopf 2019).

Praxis, Perspektiven auf Bildung und die Strukturen in Sachsen

Sollen sich beide Felder gelingender aufeinander beziehen, denn es ist weder die Abschaffung des Einen zugunsten des Anderen wünschenswert, noch glücklicherweise realistisch, können vielleicht die folgenden Punkte Hinweise geben.

- **Beziehungsarbeit:** Bildungsprozesse vollziehen sich in sozialer Interaktion. Sie benötigen tragfähige Beziehung der Beteiligten, auch um unterschiedliche Perspektiven auf Gesellschaft und Welt aufeinander beziehen zu können oder überhaupt erst transparent machen zu wollen. Beziehungsgestaltung und inhaltliche Interaktion verflechten sich an dieser Stelle. Personen mit denen ich in Beziehung bin, deren Perspektiven schätze ich möglicherweise, mindesten habe ich ein Interesse daran. Politische Bildungsarbeit sollte aufgreifen, dass die eigenen Themen Interaktionsprozesse und Zeit brauchen. Nur wenn ich länger in Kontakt bin, kann ich das Gehörte und Gesehene in meine zukünftigen Überlegungen einbauen. Hier kann sie Jugendarbeit als Partner:in einbeziehen mit all ihren Möglichkeiten zu informeller und non-formaler, demokratischer Bildung.
- **professionelle Haltung:** Jugendarbeiter:innen übersetzen den Jugendlichen ihre Haltungen, in dem sie selbst, wie auch spezifische politische Themen im Setting demokratisch sichtbar bleiben, indem die Bildungsinter-

ventionen gleichzeitig sparsam und prozesshaft, bspw. in Momenten, Fragen und Kommentierungen stattfinden und indem sie Teil der Aktivitäten der Jugendlichen selbst sind und diese mit gestalten. Dies schafft Kontakt auf Augenhöhe. Bildung wird hier nicht vordergründig verstanden als Wissensvermittlung von erwachsenen Expert:innen zu jugendlichen Teilnehmer:innen, sie vollzieht sich im besten Fall als gemeinsamer Suchprozess.

- **Jugend als Lebensphase:** Jugendliche Lebensäußerungen sind ernst zu nehmen. Diese Perspektive scheint beiden Fällen inne zu wohnen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, auch die produktiven eigenen Themen als politische, wertebezogene Äußerungen wahrnehmen zu können und bspw. diskriminierende Haltungen auch als Experimentieren in machtvollen (Erwachsenen-)Verhältnissen und Bewältigung gesellschaftlicher Anforderungen ernst nehmen zu können. Der:die „rechte“ Jugendliche sind „rechts“, sie sind aber pädagogisch nicht das Gleiche wie erwachsene Neonazis oder AfDler:innen. Allgemein vorzufindende „Präventionsanforderungen“ sind kritisch zurück zu weisen.
- **Erfahrung-Alltag-Lebenswelt:** Alle pädagogischen Räume stehen vor der Herausforderung, dass ihre Angebote an den Interessen Jugendlicher anschließen können oder auch nicht. Projekte die andere für Jugendliche denken, sind dieser Gefahr weit eher ausgesetzt, als Angebote, die sich aus dem gemeinsamen Tun entwickeln, die Erfahrungen aus dem Alltag einbeziehen und sinnvoll in die eigene Lebenswelt übersetzt werden können. Die Expertise politischer Bilder:innen ist wichtig, um Themen fundiert aufarbeiten zu können, Außeralltägliches fass- und erfahrbar zu machen. In einem freiwilligen Setting sind die Angebote aber darauf angewiesen,

dass sie den Adressat:innen in der Umsetzung maximalen Freiraum gewähren.

- **politische Sichtbarkeit:** Vor allem kritische, politische Interventionen gegen Akteur:innen der Jugendarbeit aber auch der politischen Bildung zeigen, dass Antidemokrat:innen sie im Blick haben, sie also weiter demokratisch sichtbar sind. Diese Sichtbarkeit muss in der Jugendarbeit nach innen wie nach außen erhalten bleiben. Vor allem in den niedrigschwelligeren Settings ist es unumgebar stetig politische Themen einzuflechten oder in Form von Material vorzuhalten, dass Räume nicht als entpolitisierte Nischen fungieren können. Nach außen haben die Träger der Jugendarbeit die Aufgabe für ein solidarisches Gemeinwesen einzutreten. Der Vorteil und die Aufgabe gerade der freien Träger besteht darin, ganz auf Basis ihrer emanzipatorischen Leitbilder, öffentlich wahrnehmbare Kritik von völkischem Nationalismus, Autoritarismus und konkret der AfD zu formulieren.
- **Emanzipation und Solidarität:** Jugendarbeit auch wenn sie klar politisch positioniert ist, hat nicht als zentralen Auftrag, einen ausschließlichen Kampf zu führen, gegen antidemokratische Haltungen. Begreift man diese Haltungen auch als Teil der aktuellen (Krisen-)Verhältnisse, muss es darum gehen, wieder gemeinsam Perspektiven auf das gute Leben (vgl. Nussbaum 2020) werfen zu können. Demokratiebildung ist kein Rückzugsgefecht sondern der individuellen und kollektiven Emanzipation verschrieben. Ressourcen dafür bringen viele junge Menschen mit, sie müssen entdeckt werden.
- **Arbeitsstrukturen:** Den beiden beschriebenen Feldern ist gemeinsam, dass sie auch konkret im Bundesland tendenziell prekär ausgestattet oder mindestens nicht auf „aufgabenangemessenem Niveau“ (Thole u.a. 2022) gefördert sind. Das wirkt sich auf

ihre Bildungsreichweite aber auch auf die Jugendlichen und Fachkräfte aus. Die gegenseitige Defizitzuweisung lohnt an dieser Stelle, auch angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen, nicht. Vielmehr wäre darüber nachzudenken, wie ein Forum Jugendarbeit und politische Bildung institutionalisiert und der produktiv-kritische Austausch zwischen beiden Feldern vorangetrieben werden kann.

Sollen die Verhältnisse besser gemacht werden, aber eben nicht nur, indem wir die Menschen besser machen, müssen wir mit den jungen Menschen über das Bestehende hinaus denken, wir sollten nicht affirmativ und formal sondern inhaltlich die Demokratie adressieren und wir sollten, das sozio-ökonomische nicht als Einzige aber als relevante Dimension bei Ideologisierung denken.

„Es ist die alte Illusion, daß es nur vom guten Willen der Leute abhängt, die bestehenden Verhältnisse zu ändern, und daß die bestehenden Verhältnisse Ideen sind. [...] Die ideelle Erhebung über die Welt ist der ideologische Ausdruck der Ohnmacht der Philosophen gegenüber der Welt.“



Arbeitsgemeinschaft
Jugendfreizeitstätten
Sachsen e.V.

Kai Dietrich ist Koordinator des Arbeitsbereichs „MUT“ zur demokratischen Bildung in der Jugendarbeit bei der AGJF Sachsen e.V. Der Verein Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen ist Dach- und Fachorganisation für Jugendarbeit und Jugendhilfe und Herausgeber des Fachmagazins „Corax“.

emanzipatorische Arbeit

Tobias Burdukat

Gesellschaftliche Entwicklung begleiten

29

In der Jugendarbeit und in vielen anderen Arbeitsfeldern mit marginalisierten Adressat:innen Sozialer Arbeit stolpert man früher oder später über den Begriff der Emanzipation, dabei ist oft die vollumfängliche Bedeutung von Emanzipation unklar und es folgt eine Gleichsetzung mit der Partizipation, der Beteiligung und im Bezug auf Jugend fällt sogar eine Gleichsetzung mit der Integration auf. Diese teilweise falsch verstandene Begriffsverwendungen führt in vielen Fällen eher zu einer Angleichung und unterdrückt tatsächliche und notwendige Emanzipationsprozesse. Emanzipation als Begriff und vor allem als Prozess zu beschreiben und zu erklären stellt nach wie vor eine wissenschaftliche Schwierigkeit dar, da sie sich immer nur unter Berücksichtigung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse definieren lässt. Eine spezifisch darauf ausgerichtete Forschung, im Sinne einer Bewegungsforschung, ist nur sehr rudimentär existent. Dies bedeutet, dass ein Zusammenhang zwischen eben diesen Verhältnissen und dem jeweiligen Emanzipationsprozess hergestellt werden muss und sich dieser historisch betrachtet immer anders zeigt. Emanzipation muss demnach immer aus der Perspektive der Machtschwachen und Machtlosen gedacht und analysiert werden. Dies stellt gerade im deutschen Sozial- und Wohlfahrtsstaat eine besondere Schwierigkeit dar. Durch die Top-Down-Konstruktion des Wohlfahrtsstaates bündelt sich Macht in repräsentativen und institutionalisierten Strukturen. Die Menschen selbst verfügen nur über einen geringen Grad der Selbstorganisation und somit wird die Gestaltung von Emanzipation zu einem

schwierigen Unterfangen und es stagniert, gerade im Bezug auf Jugend, bei einem durch die politischen und repräsentativen Vertreter*innen sowie den Trägern der Sozialen Arbeit kommunizierten Lippenbekenntnis.

„Der Emanzipationsprozess kann also als eine Veränderung des bestehenden Machtgefüges beschrieben werden, welcher in Form einer Auseinandersetzung zwischen den Machtstarken und den Machtschwachen hervortritt.“ (vgl. Burdukat 2022, S. 11) Umso spannender ist die Erkenntnis, dass mindestens seit den 1970iger Jahren Bücher, Sammelbände oder Studien die sich z.B. mit Jugend beschäftigen mit diesem oder einem sehr ähnlichen Satz beginnen: „Jugend als Phase im Lebenslauf, oder Lebensphase, hat sich in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert.“ Danach führen die jeweiligen Autor:innen dann immer wieder neu aus, welche Veränderungen sie festgestellt haben und wie sich Jugend, ihrer Ansicht nach, verändert hat. Mit einem Blick auf Emanzipationsprozesse zeigt sich dies nicht als eine immer wieder neue Veränderung, sondern vielmehr als eine Reaktion auf die Veränderung unserer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, bzw. der real existierenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der sich unsere Gesellschaft und damit auch Jugend entwickelt. Diese Beschreibungen und häufig damit verbundene Abwehrreaktionen der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Emanzipationsprozessen wird in der Wissenschaft mittlerweile als Cultural Backlash (vgl. hier z.B. Heitmeyer

2018) bezeichnet. Dieser tritt besonders stark hervor in einer Beschreibung von Jugend als problematisch und deviant und aktuell in globalen Bewegungen des Antifeminismus und bei den sichtbaren Abwehrreaktionen gegenüber Gleichheitsbestrebungen der LGBTIQ* Community. „Emanzipation erscheint [hier] nicht als Befreiung, sondern als Bedrohung [...]“ (vgl. Kalkstein 2022, S. 266) gegenüber den bestehenden Verhältnissen.

Emanzipation beschreibt für Jugend und junge Menschen in erster Linie den natürlichen Ablösungsprozess vom Elternhaus, weshalb der Jugend ein natürlicher und immer wiederkehrender Emanzipationsprozess innewohnt. Dieser natürliche Prozess ist damit mehr als die Beschreibung einer, zum Gegenstand von Sozialer Arbeit gewordenen, Lebensphase. Er ist im Sinne von Jacques Rancière die ständige Verifizierung von Gleichheit, der die Grenze der bisherigen Gleichheit immer wieder neu definiert und aushandelt (Jacques Rancière in Genel und Deranty 2021, S. 122). Jugendarbeit und emanzipatorische Arbeit sind deshalb Teil eines ständigen Aushandlungsprozesses der mit Widersprüchen und Konflikten, zwischen den Menschen die sich emanzipieren wollen und den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen, konfrontiert ist. Dort zeigt sich auch der grundlegende Unterschied zu Integrationsprozessen, welche darauf abzielen Menschen in die bestehenden Verhältnisse einzugliedern. Emanzipatorische Arbeit unterstützt Menschen dabei die bestehenden Verhältnisse zu verändern um damit, wie Rancière sagen würde, die natürliche Ordnung zu unterbrechen „... durch die Einrichtung eines Anteils der Anteilslosen“ (vgl. Rancière 2018, S. 24).

Katia Genel und Jean-Philippe Deranty kommen bei einer Gegenüberstellung der Ideen von Honneth und Rancière zu dem Schluss das wir uns der Ungleichheiten des wissenschaftlichen Diskurses entledigen müssen (vgl. Genel und Deranty 2021, S. 130). Wir, das meint die, die sich mit

Jugend und Jugendarbeit, Zivilgesellschaftlichen Prozessen und der Arbeit mit Minoritäten auseinandersetzen. Wir müssen uns frei machen davon, dass sich die Politik [1] und im besonderen die Soziale Arbeit sich unserer Schilderungen und Erzählungen bemächtigen und uns die Kompetenz absprechen Jugend und Jugendarbeit und die emanzipatorischen Prozesse beschreiben, definieren und begleiten zu können. Sie versagen uns damit Teil des Diskurses zu sein, weil wir nicht Teil ihrer Strukturen oder eben nur ein kleiner Teil von vielen sind. D.h. wir müssen diese Ungleichheit brechen und sie mit einer Definition von Jugend konfrontieren, welche wir für Jugend und vor allem aus einer emanzipatorischen Perspektive heraus, entwickelt haben. Wir müssen also die natürliche Ordnung durchbrechen und genau wie Jugend die Gleichheitsfrage stellen. Wenn wir also unsere Arbeit mit verschiedensten marginalisierten Gruppen, wovon Jugend eine ist, im Sinne der Emanzipation machen möchten, brauchen wir auch für eben diese Arbeit eine gänzlich andere Perspektive und damit Definition von der aus unsere Arbeit gedacht wird. Ich schlage deshalb folgende Definition von Jugend für den wissenschaftlichen Diskurs vor:

„Die Jugend ist eine Form der Vergesellschaftung und der Bewältigung von individuellen und sozialen Konflikten. Sie beginnt aufgrund biologischer und psychischer Veränderungsprozesse im menschlichen Körper im Anschluss an die Kindheit und endet mit der Integration in die Gesellschaft der Erwachsenen. Die Integration zeichnet sich aus durch eine Akzeptanz der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse und den damit verbundenen Konflikten. Jugend wird sichtbar durch verschiedenste Verhaltensweisen, die innen liegende und noch unbekannte Bedürfnisse nach außen kommunizieren. Diese Verhaltensreaktionen sind in den ersten Jahren nach der Kindheit besonders stark ausgeprägt und erfüllen den Zweck der Abgrenzung gegenüber der Gesellschaft der

Erwachsenen. Gleichzeitig repräsentieren sie individuelle und soziale Konflikte, welche in diesen ersten Jahren unbewusst gespürt und durch das Verhalten ausgedrückt werden. Sie ist gekennzeichnet durch das Erlangen von Handlungsfähigkeit und der damit einhergehenden selbstständigen Bewältigung der individuellen und sozialen Konflikte. Die Handlungsfähigkeit entsteht in Gemeinschaften von Menschen, welche sich in einer ähnlichen Lebensrealität und Lebenswelt befinden, sie wird dadurch zu einer kollektiven Bewältigungsstrategie. Diese Gemeinschaften können sich als kleine informelle Gruppen oder aber als globale Bewegungen und (Sub-)Kulturen mit einer besonderen Ästhetik und Sprache zeigen, über die sie mit der bereits vorhandenen und etablierten Gesellschaft kommunizieren. Ihr wesentliches Merkmal ist die Fähigkeit, Emanzipationsprozesse zu gestalten, aus denen sich Forderungen ergeben, die dazu dienen, Gleichheit zu verifizieren, um dadurch die bisherige Gleichheit der Erwachsenen zu erweitern. Durch die Fähigkeit, sich von den Erwachsenen zu emanzipieren, werden soziale Konflikte bewältigt und Gesellschaft neu gestaltet.“ (Burdukat 2022, S. 76f)

Betrachtet man die Definition, spielen Kategorien wie Alter und Rechtsfähigkeit keinerlei Rolle mehr. Es wurde festgestellt, dass diese Kategorien sich nicht eignen, um Jugend emanzipatorisch zu beschreiben. Diese beiden Kategorien tauchen hauptsächlich im Rahmen von Gesetzen und staatlichen Programmen auf und sind teilweise ohne wissenschaftliche Grundlage festgelegt wurden. Sie können demnach eher einer ordnungspolitischen und staatlichen Einhegung zugeordnet werden, als einem Prozess der Emanzipation. Bei dieser Betrachtungsweise wird überdies deutlich, dass der Kern von Emanzipation das Erlangen von Handlungsfähigkeit ist. Handlungsfähigkeit herstellen, um so mit Konflikten innerhalb der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse umgehen zu können. Dadurch entsteht eine Übertragbarkeit der Methoden auf jedwede andere

Tobias Burdukat ist Sozialarbeiter und Aktivist. Er ist seit vielen Jahren in Grimma aktiv und hat die Konzeption des hiesigen Projektes "Dorf der Jugend" verfasst. Heute ist er Geschäftsführer der gemeinnützigen Firma Between the Lines und forscht zu Jugend und Emanzipation.

© Martin Neuhof



marginalisierte Gruppe und es kann sich so eine ganzheitliche Perspektive auf emanzipatorische Arbeit entwickeln. Wenn man Jugend als Form der Vergesellschaftung betrachtet, kann Jugend durchaus lebenslang existieren. Wenn sich also, 70-jährige Rentner:innen im Rahmen von Gemeinwesenprojekten zusammen schließen und organisieren, also handlungsfähig werden, um sich dann gemeinsam bezahlbaren Wohnraum zu leisten und dies in eine politische Forderung umwandeln, die auf die Gesellschaft Einfluss hat, dann erfüllen sie trotz ihres Alters die Wesensmerkmale von Jugend. Wenn hingegen 20-jährige die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen akzeptieren und ihr eigenes Leben den gesellschaftlichen Vorgaben anpassen, sich also in die bestehenden Verhältnisse integrieren und diesen unterordnen, somit auch keine Veränderung organisieren, dann findet auch keinerlei Emanzipation statt und diese 20-jährigen Menschen können als erwachsen bezeichnet werden. Sie suchen im Gegensatz zu den Rentner:innen nicht mehr nach Möglichkeiten, einem real existierenden und aus Macht- und Herrschaftsverhältnissen entstehendem Problem mit Selbstermächtigung durch Handlungsfähigkeit zu begegnen.

Emanzipatorische Arbeit ist in erster Linie ein interdisziplinäres Feld welches sich von den bestehenden Modellen der integrativen Arbeit im Feld der Erziehungswissenschaften, Pädagogik und im besonderen der Sozialen Arbeit grundlegend unterscheidet. Roland Anhorn beschreibt dieses Denken „[...] als Moment der Diskontinuität, als eine - wenn auch zunächst nur gedankliche - „Unterbrechung“ in der Kontinuität einer eingespielten Praxis Sozialer Arbeit“ Die Unterbrechung und der Widerspruch sind „[...] auf eine grundsätzliche Problematisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen gerichtet [...], d.h. auf gesellschaftlich erzeugte Unterdrückungs- Ausbeutungs- und Ausschlussverhältnisse, auf ungerechtfertigte Beschränkungen kollektiver und individueller Selbstbestimmungsmöglichkeiten, auf Mechanismen der Disziplinierung und Normalisierung etc.“ (Anhorn u. a. 2012, S. 7) Dies meint zu aller erst die Schärfung eines kritischen Blickes auf die bestehenden Arbeitsprozesse (z.B. in der Jugendarbeit) um dadurch Emanzipationsprozesse für Jugendarbeit und Jugend entstehen zu lassen. [2]

Eine Arbeit im Sinne der Emanzipation bedeutet also Methoden der Handlungsfähigkeit entwickeln, welche die Verhältnisse und Beschränkungen problematisieren und in den gesellschaftlichen Diskurs über Gleichheit und Gerechtigkeit einschreiben und immer wieder neu verhandeln. Dies muss Alltag – Praxis und Theorie von einer Arbeit im Sinne der Emanzipation sein.

[1] Meint hier Politik im Sinne des Staates und seinen Institutionen, sowie die gewählten Vertreter:innen der repräsentativen Demokratie. Es ist hier nicht Politik im Sinne von Rancière gemeint, er würde dies als „Polizei“ beschreiben, da Politik für ihn das ist was entsteht wenn organisierte Minoritäten ihre Mitsprache einfordern.

[2] Es kann Jugendarbeit und Jugend auch mit allen anderen marginalisierten Gruppen gedacht werden, da der Prozess der Emanzipation vergleichbar ist und im Zentrum die Erlangung von Handlungsfähigkeit für die Individuen und im besonderen für die Gruppe steht.

Quellen

Anhorn, Roland u. a. (2012). „Zur Einführung: Kristallisationspunkte kritischer Sozialer Arbeit“. In: Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit. Hrsg. von Roland Anhorn u. a. Bd. 12. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 1–23.

Burdukat, Tobias (2022). „Herrschaft vs. Emanzipation: Raubt die Theorielosigkeit von Jugendarbeit, im Kontext Sozialer Arbeit, ihr die Kraft?“ Masterarb. Leipzig.

Genel, Katia und Jean-Philippe Deranty, Hrsg. (2021). Axel Honneth – Jacques Rancière: Anerkennung oder Unvernehmen? 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2018). Autoritäre Versuchungen. Edition Suhrkamp. Berlin: Suhrkamp

Kalkstein, Fiona, u.a. (2022). „Antifeminismus und Geschlechterdemokratie“. In: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten : Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? (Leipziger Autoritarismus Studie). Hrsg. von Oliver Decker u.a.. Gießen: Psychosial-Verlag, S. 245–270.

Rancière, Jacques (2018). Das Unvernehmen. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

die Konzeption „Dorf der Jugend“

Eine Zusammenfassung von: *„Kulturarbeit im suburbanen Raum: <<Das Dorf der Jugend>>“*

33

Das Projekt „Dorf der Jugend“ ist ein Praxisbeispiel welches sich mit verschiedenen zuvor beschriebenen Situationen auseinandersetzen und entwickeln musste und somit als Anwendungsbeispiel und Reaktion auf die herrschenden Verhältnisse gesehen werden kann. Die Idee zur Projektkonzeption entstand aus der Frage wie eine Jugendarbeit im suburbanen Raum wieder eine Wirkung mit und durch Jugendliche entfalten kann und wie es möglich wird, dass sich junge Menschen entsprechend ihrer Bedürfnisse in die kulturelle Gestaltung des ländlichen Raumes einbringen können. Von besonderer Wichtigkeit ist der damalige Ansatz, dass durch die Jugendarbeit und die entstehenden kulturellen Angebote für junge Menschen eine Prävention gegenüber einer Radikalisierung im Kontext von reaktionären und menschenfeindlichen Einstellungsmustern stattfinden kann. Im Jahr 2012, als die ersten Überlegungen zum Projekt Form annahmen gab es noch keine Partei wie die AfD, welche radikale reaktionäre und menschenfeindliche Einstellungen für ca. 1/3 der Gesellschaft [1] anschlussfähig gemacht haben. Die ersten Überlegungen bezogen sich grundsätzlich eher darauf einen Zustand, der heute unter »Baseballschlägerjahre« zusammengefasst wird und der in den 1990er und frühen 00er Jahren auch im ländlichen Raum rund um Leipzig bittere Realität war, entgegen zu wirken.

Entstehung der Konzeption

Der entscheidende Baustein war das seit 2001 in Grimma stattfindende „Crossover Festival“.

Dieses ist als kleine selbstorganisierte Party von Jugendlichen entstanden. Durch die Mitwirkung von Jugendarbeiter:innen in den frühen 00er Jahren konnte es sich professionalisieren. Im Ergebnis entstand im Jahr 2006 der Förderverein für Jugendkultur und Zwischenmenschlichkeit e.V. (kurz: FJZ), welcher das Festival heute noch veranstaltet und als anerkannter Freier Träger der Jugendhilfe (nach §75 SGB VIII) bis 31.12.2021 auch Träger für das Projekt „Dorf der Jugend“ war. Durch den eigenen Anspruch im Rahmen des Festivals stets Jugendliche und die Jugendarbeit einzubinden, entstanden zahlreiche kleinere Projekte der Jugendarbeit und Jugendbeteiligung. Diese waren auf das Ergebnis ausgerichtet ein kostenfreies Festival für Jugendliche im suburbanen Raum durchzuführen, um eher subkulturell und szenetypische Musikrichtungen sowie Sportarten zu präsentieren, welche im Besonderen die Jugendlichen ansprachen. Selbstverständlich sollte damit auch ein Kontrapunkt zu den klassischen und typischen Veranstaltungen wie Dorf-, Stadt-, Vereins- oder Feuerwehrfesten gesetzt werden.

Die aus dem Festival heraus entstandene Vereinsgründung spielt eine wesentliche Rolle für die Entwicklung der Konzeption, da dadurch die Erfahrung eines eigenen Emanzipationsprozesses im Rahmen der individuellen Sozialisierung gemacht werden konnte. Es wurde eine Art Handlungsfähigkeit hergestellt um kulturelle und subkulturelle Angebote auch

Der vorliegende Text erscheint in ganzer Länge im kommenden Jahr in "(Jugend-)Szenen. Theoretische und praktische Zugänge für die Soziale Arbeit (Arbeitstitel)" über den Kohlhammer Verlag. Neben weiteren Autor:innen wird Tobias Burdukat in "Kulturarbeit im suburbanen Raum: <<Das Dorf der Jugend>>" spezifischer auf die fachwissenschaftlichen Zusammenhänge und Hintergründe der Konzeption eingehen sowie eine Wirkungsmessung der bereits gewonnen Erkenntnisse vornehmen.

Das Buch erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2024.

Burdukat, Tobias (erscheint 2024): Kulturarbeit im suburbanen Raum: "Das Dorf der Jugend". In: Schröer-Werner, Sebastian (Hrsg.): (Jugend-)Szenen. Theoretische und praktische Zugänge für die Soziale Arbeit (Arbeitstitel). Stuttgart: Kohlhammer

in Grimma vorhalten zu können. Diese Erfahrungen wurden damals als extrem positiv wahrgenommen und es reifte die Überzeugung diese eigenen Erfahrungen und die damit verbundenen außerschulischen Bildungsprozesse zu reproduzieren und weiterzugeben. Aufbauend auf den Erfahrungen konnte im Jahr 2011 eine Konzeption mit dem Titel „Jugend wird aktiv“ (Durchführung 2012 - 2015) realisiert werden, in welcher der Fokus auf die Begleitung von Jugendlichen bei der Verwirklichung ihrer eigenen Bedürfnisse und Ideen im suburbanen Raum gelegt wurde. Diese war als eine Ergänzung der damals ebenfalls erstmalig für den Landkreis Leipzig entwickelten Konzeption eines Flexiblen Jugendmanagements (noch lfd. - Träger Kinder und Jugendring Landkreis Leipzig) angedacht. Die damit verbundenen Projekte zu Jugendbewegungen, Jugendszenen und subkulturellen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung fanden im Rahmen von Projekten mit Schulklassen, außerhalb der Schule [2], oder Jugendlichen statt die an unterschiedlichen Angeboten im Kinder- und Jugendhauses in Grimma teilgenommen haben. Die Konzeption „Dorf der Jugend“ trägt in sich den Wunsch ein Festival von Jugendlichen für Jugendliche nicht mehr als Fachkraft der Jugendarbeit zu organisieren, sondern dies wieder in die Verantwortung von Jugendlichen übergeben zu können. Durch diesen Wunsch und die damit verbundenen Überlegungen entstanden die verschiedensten Projekte

die dies ermöglichen sollten, inkl. einer Jugendhilfeplanung die sich selbst zum Ziel gesetzt hatte ganzheitliche und sozialräumlich orientierte Konzepte zu entwickeln. Ein wesentliches Leitziel eben dieser Teilfachplanung war die „Stärkung des ländlichen Raumes“ (Lüpfert 2013, S. 37). Erreicht werden sollte dies durch bedarfsgerechte Sozialraumkonzepte, die in den einzelnen Sozialräumen entstehen. In der Rückschau kann man die Projekt-konzeption als ein solches Sozialraumkonzept bezeichnen. Wichtig ist hier zu erwähnen, dass der Erfolg der Projekt-konzeption im wesentlichen mit dem Zufall einher ging, dass sich im Jahr 2014 die Möglichkeit ergab ein altes Fabrikgelände, die Alte Spitzenfabrik, für die Verwirklichung der Ziele als Ankerpunkt zu nutzen. Dadurch konnten viele Jugendliche eingebunden werden und durch das Objekt entstanden vielfältige Möglichkeiten für die Jugendlichen sich selbst zu verwirklichen und verschiedenste Handlungsmöglichkeiten zur Verwirklichung ihrer Bedürfnisse zu erproben.

Die Basiskonzeption „Dorf der Jugend“

Bei der Entwicklung der Konzeption wurde großer Wert auf eine Abgrenzung zu anderen Arbeitsfeldern gelegt, der Fokus war stets darauf bezogen ein für die Jugendarbeit nutzbares und auch praktisch umsetzbares Konzept zu entwickeln, welches möglichst nah an den Interessen der Jugendlichen orientiert,

dennoch aber in der Lage ist den gesamtgesellschaftlichen Kontext zu thematisieren. Besonders wichtig war hierbei die Abgrenzung zu soziokulturellen Zentren und deren Arbeit. Ausgangspunkt der Überlegung ist, dass ein soziokulturelles Zentrum mehr das Ergebnis von Jugendarbeit im Spannungsfeld von Kultur, Subkultur und Jugendszenen ist, als die konzeptionelle Grundlage der Arbeit. Heute könnte man dazu übergehen aus den Ergebnissen der bisherigen Arbeit ein solches Zentrum zu gründen und Möglichkeiten zu erproben wie es für Jugendarbeit anschlussfähig bleibt. Häufig sind soziokulturelle Zentren jedoch schon stark geprägt durch andere, was einer Offenheit in der Arbeit mit den Jugendlichen entgegenstehen kann.

Man kann deshalb grundsätzlich sagen das die Soziokultur ein Angebot für das Gemeinwesen oder bestimmte Zielgruppen z.B. in einem Stadtteil zur Verfügung stellt, sie leistet damit ihren Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und der Vielfalt eines weiten Kulturbegriffes. Jugendarbeit spielt innerhalb der Soziokultur eine wichtige Rolle, jedoch ist es der Jugendarbeit nur begrenzt möglich auf den Angebotskatalog der Soziokultur Einfluss zu nehmen, denn der Einfluss würde bedeuten das eine unabhängige und selbstständige Jugendarbeit stattfindet und die Jugendlichen orientiert an ihrer Lebenswelt die Soziokultur für sich gestalten können. Dies wiederum würde dem Kriterienkatalog und der Förderung der meisten Zentren entgegenstehen. [3] Es ist deshalb wichtig das die Jugendarbeit getrennt von der Soziokultur verstanden und betrachtet wird, denn ein soziokulturelles Angebot für das Gemeinwesen entsteht innerhalb der Jugendarbeit als Ergebnis und Reflexionsebene um die eigene jugendliche Wirksamkeit zu reflektieren (vgl. Burdukat 2018, S. 16). Ebenso ist es wichtig im Bereich der Beteiligung von Jugendlichen und ihren Zielen klar zu differenzieren: Die heutzutage üblichen Jugendbeteiligungsformate zielen auf eine Einbindung und Anpassung

gemäß der von Erwachsenen festgelegten Spielregeln ab, dies widerspricht jedoch zutiefst den Eigenarten und dem Wesen von Jugend. Erschwerend kommt die Trägheit der Erwachsenen und bestehenden demokratischen Strukturen hinzu, welche einem, nicht mit der Wahrnehmung von Jugend kompatibelem, Zeitplan folgen. Luhmann bezeichnete einen derartigen Umgang mit Emanzipation und Beteiligung einmal als den „Letzten Trick“ des Managements, um mit entstehender Gegenmacht, was die Mitsprache und tatsächliche Beteiligung von Jugend wäre, umzugehen.

„Schon immer hat ja die Jugend den Gegensatz zum Alter gefühlt, und immer war der Jugend erste Tat, wenn sie einmal zum Bewußtsein gekommen war und den Käfig gesehen hatte, gegen ihn zu rennen und ihn niederzureißen. Jede neue Generation setzte sich in Gegensatz zu den Erwachsenen, zu der ganzen Kultur oder zu Teilen derselben: Die eine rennt den Käfig der überkommenden Kunst nieder, die andere rebelliert gegen die Philosophie des Alters, die dritte sträubt sich gegen seine Politik. Und so findet jede neue Jugend einen neuen Gehalt, einen anderen Käfig, den sie zertrümmern kann, als Ausdruck für die gesamte Gegensätzlichkeit, in der sie sich zum Alter befindet.“ (Bernfeld 2011, S. 61)

Die Konzeption „Dorf der Jugend“ hatte den Anspruch eben diesem Wandel der Gesellschaft und der Zusammenhänge mit fachlichen und inhaltlichen Fernzielen zu begegnen. Dieser selbst auferlegte Anspruch entstand aus der Wahrnehmung heraus, dass die meisten Konzepte der offenen Jugendarbeit nur selten theoretisch in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet sind. Dieser aber ist wichtig um eben genau diese Flexibilität herstellen zu können. Die Fernziele lassen sich wie folgt formulieren:

- **Mitwirkung:** Das Projekt wollte langfristige Bezüge für junge Menschen im suburbanen Raum schaffen, die es leisten können das junge Menschen

den suburbanen Raum nicht zwingend verlassen müssen um in einem gleichberechtigten, kreativem und kulturellem Freiraum ihre Eigenständigkeit zu entwickeln. Gleichsam soll es zu einer Wahrnehmung der Jugend als kompetenten Teil der ländlichen und dörflichen Gesellschaft führen.

- **Freiräume:** Dies bedeutet in erster Linie die Schaffung einer Möglichkeit, das Jugend eine Utopie gemäß ihrer Bedürfnisse entwickeln kann. Das unmittelbar mit dem demografischen Wandel verknüpfte Problem des großflächigen Leerstandes wird dabei in einen Vorteil verwandelt, denn das Gesamtprojekt sieht in Freiräumen den Nährboden für Kreativität, Beteiligung, Selbstständigkeit, Selbstverständnis, Selbstbildung und schlussendlich für Entwicklung.
- **autarke und unabhängige Jugendarbeit im ländlichen Raum:** Diese Etablierung hat zum Ziel, gesellschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum möglich zu machen und möchte damit die Zivilgesellschaft nachhaltig stärken. Die Basis dieses Fernziels ist dabei, über mehrere Generationen von Jugendlichen ein solidarisches Selbstverständnis zu etablieren, das Jugendarbeit im Sinne des SGB VIII als Begleiter unserer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung versteht und damit die Eigenständigkeit von Jugendarbeit und somit das Bild von Jugend in der Zivilgesellschaft nachhaltig verändert.
- **Aufbau einer solidarischen Zivilgesellschaft:** Mit der Arbeit sollte nicht nur bei Jugendlichen, sondern generell bei der ländlichen Zivilbevölkerung und damit auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext ein Abbau von menschenfeindlichen und Vorurteil behafteten Meinungsbildern, sowie Diskriminierung in allen Bereichen, stattfinden. Durch die Vermittlung eines humanistischen Weltbildes, welches von einer Gleichwertigkeit der Menschen ausgeht und

somit nachhaltig zu einem gleichberechtigten Zusammenleben beitragen kann, soll eine Stärkung und Etablierung eines solidarischen Bewusstseins sowie eigenständigen Solidaritätsstrukturen entstehen.

Fazit

Emanzipatorische Jugendarbeit im suburbanen Raum ist in der Lage kulturelle Angebote von jungen Menschen für junge Menschen zu schaffen. Sie kann es leisten Vorurteile, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit abzubauen und perspektivisch ein solidarisches Gemeinwesen zu entwickeln. Dadurch entstehen Solidaritätsstrukturen die über den ländlichen Raum hinaus Wirkung haben. Jugendarbeit muss im Stande sein Freiräume zu schaffen und diese den Jugendlichen zur Verfügung zu stellen, denn innerhalb dieser entwickeln sich Jugendszenen und kulturelle Angebote, welche dann wiederum andere Jugendliche erreichen. Es wird damit ein wichtiger Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung geleistet, ob dadurch jedoch die Wahrnehmung von Jugend als kompetenter Teil der Bevölkerung geschärft wird bleibt offen. Ebenso bleibt offen ob dem demografischen Wandel entgegen gewirkt werden kann, denn ein Verlassen des suburbanen Raumes findet, besonders bei engagierten Jugendlichen, statt. Dies ist verbunden mit der Beobachtung, dass ein Engagement im ländlichen Raum belastet ist von Konflikten mit der hegemonialen Bestands-gesellschaft bzw. Erwachsenen-gesellschaft. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Projekte ist jedoch, dass die aktuelle Mode von konstruierten Jugendbeteiligungsmustern und damit verbundene Förderprogramme in Millionen Höhe nicht wirklich das sind was Jugend und Jugendarbeit braucht. Die Projektdurchführung zeigt, dass die Begleitung Jugendlicher bei der eigenverantwortlichen Gestaltung von Freiräumen und die Möglichkeit der

Schaffung eigener kultureller Angebote wesentlich näher an den Bedürfnissen und den Träumen von Jugendlichen dran sind als die bedingungslose Integration in ein von Erwachsenen kontrolliertes politisches System.

Besonders das Projekt „Dorf der Jugend“ ist deshalb Jugendarbeit im Sinne der Jugend, jedoch nicht im Sinne der etablierten sozialstaatlichen Herrschaftsstrukturen aus Politik, Verwaltung und Trägern der Jugendhilfe. Diesen Konflikt und die damit verbundenen finanziellen Engpässe für emanzipatorische Arbeit zu bearbeiten wird Aufgabe der kommenden Jahre sein.

Anmerkungen

[1] Diese Angabe bezieht sich auf bestimmte Regionen, besonders in Ostdeutschland, wo die AfD bei Bundestags oder Landtagswahlen Ergebnisse von ca. 30% erreicht. In der Stadt Grimma im Landkreis Leipzig in dem das Projekt durchgeführt wurde erreichte die AfD z.B. folgende Ergebnisse Bundestag 2021 28,3%; Landtagswahl 2019 31,6%; Europawahl 2019 28,5% und bei den Kreistagswahlen 2019 20,9% sowie Stadtratswahlen 16,2% wobei für die letzten beiden zu erwähnen ist, dass sie damit die stärkste Partei, hinter Wählervereinigungen sind. Quelle: <https://www.wahlen.sachsen.de>

[2] Es wurde stets darauf Wert gelegt Projekte nicht innerhalb der Schule stattfinden zu lassen, da sie sonst bei den Schüler*innen immer auch als schulisches Projekt wahrgenommen werden. Der Anspruch lag jedoch darauf außerschulische Projekte zu realisieren.

[3] In Sachsen gibt es eine Förderrichtlinie und einen Kriterienkatalog für die Anerkennung und eine damit verbundene Landes- und Kulturraumförderung für soziokulturelle Zentren. Diese sind von einem einzelnen Zentrum aus nur schwer veränderbar, die Angebote stehen mehr oder weniger fest und sind in ihrem Rahmen fix.



die Alte Spitzenfabrik

Niels Erlecke &
Tobias Burdukat

38

Dass es am Ende die Alte Spitzenfabrik geworden ist, konnte eigentlich niemand so richtig ahnen. Wäre eine Freundesgruppe vor nunmehr zehn Jahren nicht auf der Suche nach einer geeigneten Örtlichkeit gewesen, um eine seit Mitte der Nuller Jahre jährlich stattfindende Weihnachtsfeier durchzuführen, würde es all das dort wahrscheinlich gar nicht geben. Der gelbe Klinkerbau kam also eher zufällig ins Spiel. Nachdem mit dem Eigentümer Kontakt aufgenommen wurde, war der Pachtvertrag recht schnell beschlossene Sache. Aus der Weihnachtsfeier wurde dann am Ende doch viel mehr. Nach einem Jahrzehnt schauen wir auf ein belebtes „Dorf der Jugend“ zurück, welches sich als „Ort der Demokratie“ etablieren möchte. Viel Wasser ist in dieser Zeit die Mulde hinunter geflossen, doch weiterhin sind wir uns recht sicher, dass es kein schlechter Zufall war, der die Engagierten mit der Alten Spitzenfabrik zusammenbrachte.

In den Tunneln des Alltags vergisst man als engagierte Person manchmal selbst die Gründe, die den Antrieb für alles geben. Oft ist es die Rückbesinnung auf die eigene Geschichte und die Einsicht, dass man selbst einen solchen kulturellen und sozialen Ort gebraucht und manchmal auch unbewusst gesucht hat. Es sind hier auf dem Land, im suburbanen Raum, nicht immer viele Menschen, die Angebote wahrnehmen und noch viel weniger die sie gestalten und schlussendlich auch umsetzen. Es ist eher ein kleiner und oftmals marginalisierter Teil der Gesamtbevölkerung. Dennoch ist es aus unserer Sicht genau für diesen Teil wichtig, einen sicheren Ort zur persönlichen Entfaltung

und als Gestaltungs- und Möglichkeitsraum zu gewährleisten. Die Mehrzahl der Engagierten hier vor Ort haben in ihrer Vergangenheit einen solchen Ort wahrgenommen und versuchen nun, diese Erfahrung auch anderen Menschen zu ermöglichen. Diese Orte des Gemeinwesens, der Subkultur, der Jugend, der Widersprüche und der Entfaltung sind es, die es zu erhalten gilt. Denn sie sind bereits vorhanden. Aber das Durchhalten fällt schwer.

Die Hürden, welche in diesem Bereich auftauchen, können immens sein. Auch wenn es ein unglaublicher Vorteil ist, eine Ruine langsam aber sicher wieder nutzbar zu machen und diese nach eigenen und demokratisch ausgehandelten Vorstellungen aller Beteiligten zu gestalten, birgt es einen hohen bürokratischen Aufwand. Bauprojekte durchzuführen ist nichts für schwache Nerven und stellt uns in regelmäßigen Abständen vor neue Probleme. Aktuell warten wir seit einem Jahr auf die Bewilligung eines, mittlerweile auf zwei dicke Aktenordner angewachsenen, Bauantrages. Wir warten seit Jahren auf die Klärung und Genehmigung eines Stromanschlusses und auf eine Einbindung in das Abwassernetz. Darüber hinaus ist eine konservative und reaktionäre Hegemonie, die vorherrscht und tonangebend ist. Das macht es für emanzipatorische Projekte nicht einfacher. Die lauten und klassischen Anfeindungen liegen auf der Hand. Vandalismus mit Graffiti und Baustoffen kommen vor. Diffamierende Äußerungen in (Sozialen)



Medien bis hin zu unzähligen Lärmbeschwerden, bei denen es um Minuten in Bezug auf das Abschalten der Musikanlage oder zu laute Basketbälle und Skateboards geht, sind an der Tagesordnung. Es gibt unzählige Projekte, die davon ein Lied singen können. Und das ist erst der Anfang. Eine Finanzierung zu finden, die das eigene Engagement auf hauptamtliche Beine stellt, scheint manchmal unlösbar. Nun wiederholt sich der Wortlaut, aber auch in diesem Bereich ist der bürokratische Aufwand enorm. Und dass alles im Regelfall für einjährige Förderungen, die über Sachberichte, Verwendungsnachweise und Folgeanträge fortgeführt werden müssen. Dabei soll hier an dieser Stelle die Logik, welche hinter vielen Förderprogrammen liegt, noch gar nicht hinterfragt werden. Denn mit der Förderung gehen meistens Bedingungen einher die einem Auftrag im Bereich der Jugend- und Gemeinwesenarbeit vollkommen entgegenstehen. Denn meist sollen die Bedürfnisse der Fördermittel-

geber und nicht der Nutzer:innen befriedigt werden. Das Zittern und der mentale Stress für Mitarbeiter:innen und Unternehmensstrukturen in der Phase kurz vor dem Bescheid zum Folgeantrag ist in all dem noch obendrauf ein Problem und führt zu ständigen Unsicherheiten. Sicherheit und Verlässlichkeit in Bezug auf die Finanzierung wären Faktoren, die unsere Arbeit einfacher machen würden. Es handelt sich um eine alte Forderung an die Fördermittellogik, aber Laufzeiten für Projekte müssen länger werden, bzw. sollten Förderprojekte nicht dazu genutzt werden Regelförderungen zu ersetzen. Das klingt vielleicht nach Jammern auf hohem Niveau, aber kleine Träger und Initiativen halten sich seit Jahren in dieser Lage über Wasser und können keine Sicherheit an sich selbst geben, dass es so weitergehen wird. Ebenso viele mussten deshalb auch aufhören. Es sind eher die großen Träger, die die langfristigen Förderungen schon länger unter sich aufteilen und diesen Luxus der beständigen Regelförderungen

genießen. Manchmal fühlt es sich so an, als wäre man sich gar nicht so einig darüber, ob es diese kulturelle und soziale Projektarbeit überhaupt benötigt, bzw. ob es gewünscht ist das diese sich entsprechend der Nutzer:innen frei entwickeln und entfalten kann. Die Finanzierungen werden stetig gekürzt, Träger fallen weg, werden kriminalisiert und der Rechtfertigungsdruck der eigenen Arbeit wird immer höher. Rechtfertigung aber nicht gegenüber den Grundsätzen der eigenen Arbeit, sondern eine Rechtfertigung gegenüber der Politik und den Institutionen, wobei doch die Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit von eben dieser, im Sinne der Adressat:innen, unabhängig und „frei“ als Freie Träger sein sollte.

Das alles passiert komplett gegensätzlich zur gesellschaftlichen Entwicklung. Man könnte annehmen das eben diese Strukturen aufgrund der sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestärkt werden müssen, dass mit gebündelter Energie daran gearbeitet wird, demokratische Strukturen, Soziokulturelle Projekte und marginalisierte Gruppen überall in einem maximal möglichen Maße zu unterstützen. Hier wünschen wir uns auch aus den politischen und Verwaltungsebenen einen höheren Stellenwert und Rückhalt. Damit die existierende Vielfalt – ja diese gibt es auch in suburbanen Räumen – gestärkt und unterstützt wird, um sich zu entfalten. Dabei geht es noch nicht mal nur um Geld, sondern um eine respektvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe und der geteilten Einsicht, dass die Arbeit wichtig und notwendig ist.

Nichtsdestotrotz konnte auch unter den jetzigen Umständen schon viel erreicht werden. Die Spitzenfabrik ist noch nicht eingefallen und das Gelände konnte an vielen Stellen hergerichtet werden. Bühnen, Grillplatz, Gartenflächen, das Containercafé sowie unzählige kleine Veranstaltungen und Projekte, hunderte Treffen und Planungsprozesse wurden durch-

geführt und manchmal sogar umgesetzt. Man kann auf Erlebtes zurückblicken und für viele Menschen konnte das Leben hier – auch manchmal nur kurz – leichter und schöner gemacht werden.

Sicherlich ist es nicht jeder Vortrag oder jeder Filmabend, der die Massen angezogen hat und es gab auch mehr als genug Momente des Alleinseins und des Desinteresses, aber auch diese Möglichkeit zum Probieren und Verwerfen gehört zu den Prozessen dazu, die Engagement in der Provinz manchmal auch erschweren aber auch besonders und spannend machen.

Niels Erlecke ist Sozialarbeiter in Grimma und arbeitet in der Gemeinwesenarbeit. Seit 2021 ist die Alte Spitzenfabrik Schwerpunkt seiner Arbeit. Er wuchs selbst in der ländlichen Region Grimmas auf und engagierte sich bereits als Jugendlicher für Subkultur und Antifaschismus.



Wir haben euch gefragt!

impressionen

40

Flexibles Jugendmanagement & Kinder- und Jugendring Landkreis Leipzig

Das FJM begleitet seit 2011 Jugendliche im Landkreis Leipzig bei der Umsetzung eigener Projekte. Die Alte Spitzenfabrik ist dabei bereits häufig ein Begegnungsort gewesen, an dem Projekte durchgeführt wurden. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, Mitbestimmung und eigenverantwortlichem Handeln sind Dinge, die wir fördern. Dazu benötigen junge Menschen Freiräume. Die Spifa bietet genau diesen Freiraum, um eigene Ideen umzusetzen und Jugendorte selbst zu gestalten. Die Besonderheit am Gelände ist, dass Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten haben, ohne Reglementierungen erwachsener Projekte zu organisieren und Ideen zu verwirklichen. Das Team verfolgt den Ansatz von Selbstorganisation, agiert mit jungen Menschen auf Augenhöhe und sieht Jugendliche als Expert:innen ihrer Lebenswelt. Leider stehen diesem Ansatz oft bürokratische Hindernisse im Weg. Wir wünschen dem Projekt, dass diese Hürden zukünftig leichter zu bewältigen sind und die Partizipation junger Menschen im Fokus stehen kann.

Christian Müller, Mitglied im Vorstand B90/GRÜNE Landkreis Leipzig

Orte, an denen Werte wie Menschlichkeit und Solidarität aktiv vermittelt werden, gibt es in unseren ländlichen Räumen leider zu wenige. Mit dem "Dorf der Jugend" hat Grimma einen Ort, an dem sich engagierte Menschen einen Rahmen für soziale Arbeit, Jugendarbeit und Kultur geschaffen haben. Initiativen und Projekte wie das "Dorf der Jugend" sind eigentlich unbezahlbar. Es gibt keinen besseren Weg, Demokratie und gegenseitige Achtung zu vermitteln, als diese aktiv vorzuleben! Leider sehen Politikerinnen und Politiker oftmals die Finanzierung von sozialer Arbeit und Demokratiebildung eher als Streichposition denn als Investition in eine demokratische Zukunft unserer Region.

Ein Angebot, das ich erwähnen möchte, ist der monatlich stattfindende Barabend. Hier trifft man auf Menschen mit unterschiedlichsten Sichtweisen zu Tagesgeschehen, Weltpolitik und Zukunftsfragen. Gerade in Zeiten einer zunehmenden "Bubbleisierung" ist ein solcher ungewohnterer Blick über den Tellerrand sehr belebend.

Marei

Die Orga und das Veranstalten des „Denk Bunt! Tanz Bunt!“ im Jahr 2019 war für mich eines der schönsten Ereignisse, die ich mit dem Dorf der Jugend verbinde. Es hat mir gezeigt, dass das Projekt ein Ort der Zusammenarbeit mit vielen tollen Menschen, der Selbstverwirklichung von eigenen Ideen und Träumen und der Weiterentwicklung der eigenen Persönlichkeit und Kenntnisse ist.

Barbara und Tabea / queerer Frauentreff Grimma

Im Frühjahr 2023 haben wir einen queereren Frauentreff gegründet, der in den Räumen von »Between the Lines« und in der Alten Spitzenfabrik eine Heimat gefunden hat. Wir freuen uns, in Grimma einen sicheren Wohlfühlort gefunden zu haben, der räumlich abgeschlossen, aber öffentlich zugänglich ist. So können wir uns in familiärer Atmosphäre austauschen, bleiben aber erreichbar für andere queere Frauen* und müssen uns in nicht in Privaträume zurückziehen. Ein Angebot wie dieses ist einmalig in Grimma und im Leipziger Raum.

Die Offenheit der Mitarbeiter*innen für queere Themen und die verlässlichen Absprachen tun sehr gut. Wir fühlen uns angenommen und schätzen es, dass uns der Verein Sichtbarkeit, einen organisatorischen Rahmen und eine gute Infrastruktur für unsere Treffen bietet. Wir wünschen uns weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit »Between the Lines«, um unser Angebot zusammen mit einem Partner zu verstetigen, der unsere Werte teilt.

Infostelle Asyl und Bildung

Wir sind die Infostelle Asyl&Bildung, eine Beratungsstelle für insb. junge Geflüchtete im Landkreis Leipzig. Seit 2019 bieten wir einmal wöchentlich unabhängige und ergebnisoffene Beratung an, mit Schwerpunkt auf asyl- und aufenthaltsrechtlichen Themen sowie Flüchtlingssozialrecht. Weiterhin ist die Verweisberatung wichtiger Aspekt, etwa bei rechter und rassistischer Gewalt. Vor allem für unsere Zielgruppe ist ein möglichst sicherer und offener Ort von zentraler Bedeutung und im ländlichen Raum eine Seltenheit. Abgesehen von einer angenehmen Beratungsatmosphäre, bietet die Kooperation uns unkompliziert die Möglichkeit, gemeinsam mit den Ratsuchenden z.B. Grillabende zu veranstalten, um sich an der Spitze gegenseitig kennenzulernen. Außerdem können wir mit anderen Initiativen Bildungsprojekte durchführen. Für die Zukunft sehen wir die Spitze als wichtigen Pfeiler für weiterhin unabhängige Beratung, Begegnung und Bildung für Menschen, die vor allem in der Politik allzu oft vergessen werden.

Jonas Siegert

Zum ersten Mal Kontakt mit Between The Lines hatte ich Anfang 2022. Wir haben uns über die aktuelle politische Situation in Grimma unterhalten und mit anderen stabilen Menschen Gegenproteste zu den Montagsspaziergängen organisiert. Es gibt super viele schöne Momente, die ohne Between The Lines nicht möglich gewesen wären. Zum Beispiel die Straßenfeste oder Kneipenabende. Mit nahezu jedem Anliegen kann man zu BTL kommen und bekommt Unterstützung. Ideen werden zusammen weiterentwickelt und verwirklicht. Das macht den Ort aus und so besonders. Ohne die Menschen, welche täglich in die Alte Spitzenfabrik Energie reinstecken und diesen Ort weiterentwickeln, wäre Grimma nicht mal halb so toll. Konzerte, Theater, CoCa, Kneipenabende, Workshops – all das macht den Ort zu etwas einzigartigem. Der einzige Wunsch für diesen Ort wäre, dass noch mehr Menschen das Potential erkennen und ihn supporten.

Sarah

Mit dem "Dorf der Jugend" und der Alten Spitzenfabrik habe ich meine Jugend verbracht und bin mit und an dem Projekt gewachsen. Die gemeinsame Arbeit an und in den Projekten die ich mit den anderen Jugendlichen gemacht habe hat mich geprägt und mich entscheidet in meinem Erwachsenwerden begleitet. Heute bin ich angehende Lehrerin und noch immer in vielen gesellschaftspolitischen Kontexten engagiert – doch nicht nur auf diese Entwicklung hatte die Spitzenfabrik großen Einfluss, sie ist mittlerweile der einzige Grund der mich zurück in den Landkreis bringt.

Johanna

Das Dorf Der Jugend ist wie das Leben nach der Schulzeit nur in GoKart Version. Ein Ort zur Selbstfindung, zum Grenzen austesten, Kreativ sein, Gestalten und Erfahrungen sammeln. Vorschule für das Leben.

DIE LINKE. Westsachsen

Die Alte Spitzenfabrik und Between the Lines sind für uns wichtige Kooperationspartner in Grimma. Wir schätzen das Engagement der vielen Aktiven sehr und freuen uns immer wieder gemeinsame Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen, aber auch einfach zum Grillen und Quatschen an diesem Ort zu organisieren.

Die Alte Spitzenfabrik ist mit und für uns auch ein Raum politischer Auseinandersetzung. Und wir sehen, dass Aktiven, wie in Grimma aber auch in ganz Sachsen immer wieder Steine in den Weg gelegt werden, um die Umsetzung von progressiven Ideen und Vorstellungen zu verhindern. Wir bedanken uns, dass es auch weiterhin Menschen gibt, die für diesen Ort in Grimma kämpfen. Für junge Menschen ist der ländliche Raum sowieso schon wenig attraktiv. Es gibt nur wenige kulturelle und politische Angebote oder einfach nur Orte zur Freizeitgestaltung – Kino, Theater, Kneipe, was in Großstädten einfach dazugehört, ist in kleinen Orten wie Grimma, Wurzen, Trebsen eben nicht selbstverständlich. Dort braucht es Organisationen, Vereine, Initiativen, die jungen Menschen Räume bietet, wo sie selbst aktiv und kreativ sein können und für ein demokratisches und vielfältiges Miteinander begeistert werden können.

Wir wünschen allen Menschen rund um die Alte Spitzenfabrik und Between the Lines, dass ihr nicht aufgibt und natürlich auch, dass ihr eure so wertvolle Arbeit in Zukunft auch ohne Wenn und Aber staatlich gefördert leisten könnt.

Bündnis "Grimma zeigt Kante"

Unsere Verbindung mit Between the Lines ist der Wille gemeinsam in Grimma mehr politische Angebote machen zu wollen. Wir haben unser Bündnis im Frühjahr 2022 gegründet und seitdem vergeht keine Woche in der wir uns nicht zu den aktuellen Geschehnissen in Grimma austauschen. Schöne Momente sind ganz klar unsere Plenen – immer lustig und es entstehen super Ideen. Klar ist es nicht immer einfach und eigentlich ist es jeden Tag ein Kampf gegen beständige Probleme in Grimma, aber diese Herausforderung macht auch Spaß und es gibt viele Leute die etwas ändern wollen. Besonders wichtig für Grimma ist aus unserer Sicht die Alte Spitzenfabrik, denn sie bietet einen öffentlichen Raum. Solch einen Ort braucht es, denn hier können Menschen unkompliziert zusammenkommen und ihre Freizeit verbringen. Gleichzeitig sind die Angebote, welche es regelmäßig in Form von Konzerten, Theatern oder dem CoCa gibt enorm wichtig – gerade für junge Menschen. Für die Zukunft wünschen wir uns mehr Support von Grimma, Sachsen und Deutschland für das Projekt „Alte Spitzenfabrik“. Den Mehrwert, welchen dieser Ort liefert, ist enorm und Jugendkultur kann hier gelebt werden, daher sollte noch mehr möglich sein.

Samuel

Als ich das erste mal bei der "Spitze" war wurde ich von einer Freundin zu einem kleinen entspannten Chillabend mitgenommen und wurde dort auch gleich herzlich in Empfang genommen und habe mich schnell mit weiteren Leuten an der "Spitze" angefreundet, was bis heute immernoch so ist, denn fast jedes mal wenn man zur Spitze kommt trifft man auf neue Leute die einen immer herzlich willkommen heißen und bin deswegen jetzt auch öfter dort, zum Beispiel zum einfach entspannt sitzen und quatschen oder auch öfter bei Veranstaltungen wie dem Crossover Festival, Mint, oder generelle Feiern. Tatsächlich verbinde ich mit der Spitzenfabrik bisher nur schöne Erinnerungen, eine der schönsten Erinnerungen war das Crossover Festival letztes Jahr, denn es war einfach eine coole Veranstaltung auf der ich mich sehr wohl gefühlt habe. Als herausfordernd kann ich maximal den Arbeitseinsatz zum Bau der Gartenküche nennen, aber auch nur weil ich nach meinem Feierabend noch dort mitgeholfen habe, ansonsten hat das auch Spaß gemacht.

Was ich an der Spitze am meisten schätze ist, dass man dort, so wie ich es aus eigenen Erfahrungen sagen kann, hinkommen kann wie man ist, also egal welche Ethnie, Sexualität, Geschlechtsidentität oder Körperliche Voraussetzungen man hat, man wird nur nach seinem Charakter "ge-judged". Weswegen die Spitze für mich ein absoluter Wohlfühlort ist. Ich persönlich finde solche Orte/Projekte wie die Alte Spitzenfabrik besonders wichtig, um einen Safespace für vor allem Jugendliche und junge Erwachsene zu schaffen, aber auch um so alten Gebäuden wie jetzt in diesem Fall die Spitzenfabrik neues Leben und einen weiteren Sinn zu geben bevor diese vollkommen verwahrlosen. Und um vor allem Jugendlichen etwas zu tun zu geben in ihrer Freizeit, wie zum Beispiel die Arbeitseinsätze oder Filmabende. Ich würde mir sehr wünschen, dass die Spitze wieder mehr Zulauf bekommt, denn ab diesem Jahr schrumpfen die Menschenanzahlen bei Veranstaltungen und Arbeitseinsätzen immer mehr, was ich sehr schade finde.

Projekt Que(e)r durch Sachsen – Mobil im ländlichen Raum beim RosaLinde Leipzig e.V.

Anfang 2022 habt ihr uns gefragt, wie man mit der queeren Community in Grimma in Kontakt treten könnte. Der Ort der Demokratie sollte für LSBTIANQ* geöffnet werden. Anfang 2022 mussten wir antworten, dass von einer queeren Community in Grimma leider nicht die Rede sein könne. Es gab keine Kontaktmöglichkeiten und keine queeren Veranstaltungen. LSBTIANQ* waren unsichtbar. Viele sind das bis heute, einige leben isoliert oder erfahren Diskriminierungen, auch Gewalt.

Seit 2022 ist aber viel passiert. Dank des Teams der Alten Spitzenfabrik finden mit und ohne uns queere Veranstaltungen statt. LSBTIANQ* werden hier sichtbarer, nutzen die Räume. Ohne die Alte Spitzenfabrik könnten wir unser Beratungsangebot in Grimma nicht bekannt machen, weil viele andere Einrichtungen nicht für queere Themen ansprechbar sind. Von Akzeptanz oder Sicherheit für LSBTIANQ* können wir in Grimma noch lange nicht sprechen. Die Alte Spitzenfabrik ist ein unverzichtbarer queerer Rückzugsort geworden, der wachsen muss.

Chiara

Das DDJ war und ist ein unfassbar wichtiger Ort meiner persönlichen Weiterentwicklung, nicht zuletzt durch die zahlreichen kostenlosen Workshops und Skillsharing Angebote. I mean: Ich kann jetzt Videos schneiden, Konzerte organisieren & ein Café betreiben.

Emmi

Ich bin durch das Skateboardfahren an die Spitze gekommen und habe dann dort direkt Anschluss im Projekt gefunden. Ich ging jeden Tag im Sommer runter und skatete, spielte Basketball mit Freunden und genoss das Gelände. Dadurch das ich später zu einer Jugendgruppe Vorort gehörte, welche von einer Sozialarbeiterin unterstützt wurde, trafen wir uns jede Woche um zu plenieren. Wir planten Veranstaltungen, Workshops und einfach Dinge auf die wir Bock hatten.

Ich fühlte mich von allen Seiten immer sehr unterstützt und dieser Ort begann immer mehr ein zweites Zuhause zu sein.

Mit der Spitze verbinde ich einfach so unglaublich viele schöne Momente. Es ist krass wie viel ich an diesem Ort gelacht habe und Spaß hatte. Das Umfeld, die Menschen und der gemeinsame Elan etwas auf die Beine zu stellen, gab mir immer extrem viel Kraft und wurde deshalb zu einem Lieblingsort. Jedoch waren und sind die Zeiten auch sehr durchsetzt von Schwierigkeiten wie: kaum Unterstützung seitens der Stadt, Vorwürfe und Drängung in eine politisch linke Ecke, etc. Das raubt Vielen die Kraft, weil man mehr gibt als man zurück bekommt.

Ich finde es wichtig, dass die Menschen von uns wissen sollten, das wir extrem facettenreich sind und soviel kreative Köpfe haben die Dinge wie ein Musikcollective, Bands, Festivals, Workshops, soziale Arbeit, politische Arbeit, etc. unter einen Hut bringen und diesen Ort lebendig machen. Dies muss vor allem auf dem Land, wo es sowas selten gibt, von allen Seiten unterstützt werden. Nur die Kooperation und der Austausch kann dazu führen das wir das Glücksgefühl was ich an diesem Ort empfinde auch an andere weiter geben können.

Für die Zukunft wünsche ich mir das das Projekt erhalten bleibt, nicht untergeht, sondern wächst.

Jule

Durch mehrere ulkige Zufälle, stolperte ich Ende 2015 in das Projekt. Ein neuer Ort, viele neue Menschen und noch viel viel mehr Ideen. Dieses Projekt spielt(e) für mich eine tragende Rolle. Irgendwas zwischen Rückzugsort und Selbstverwirklichung. So gut wie jeden Tag, gingen wir nach der Schule an die Spitzenfabrik und arbeiteten daran, das Gelände irgendwie nutzbar zu machen. Wir waren alle Teenies in der Selbstfindungsphase, mit dem gemeinsamen Ziel etwas zu schaffen. Ich denke, dass wir uns diesbezüglich selbst übertraffen haben. Ich meine Hallo? Habt ihr euch das Gelände mal angeschaut? Mein Herz ist voll mit den unvergesslichen Momenten, die das Dorf der Jugend und die vielen tollen Menschen so hervorbrachten.

In 6 Jahren ist einiges passiert.

Und diese Erinnerungen will ich nicht missen.

Die schönste Jahre hatte ich hier.

Ich könnte nicht dankbarer sein, all das erlebt zu haben und ein Teil dieser verrückten Reise zu sein.

Skaja

Nach der Schule in der Sonne sitzen, Kuchenduft kommt aus dem Ofen, die Haare noch nass vom Schwimmen in der Mulde, auf das Konzert am Abend freuen und die letzten Vorbereitungen treffen. An der Spitze kommen wir zusammen, setzen uns für gute Sachen ein und haben dabei noch eine unvergesslich schöne Zeit.

Celone

Ein prägendes Ereignis im Projekt war für mich das "Denk bunt! Tanz bunt! 4", da es die erste Veranstaltung war, die unsere Gruppe Society Broke Youth organisiert hat. Als die meiste Arbeit getan war und ich das Konzert genießen konnte, war ich so überwältigt und unglaublich dankbar ein Teil vom Dorf der Jugend zu sein.

Roxi

Ich fühle immer wieder wie mich die Zeit, die Menschen und das Projekt mit Glück erfüllen und wie stark es mich in meinem Erwachsenwerden geprägt hat. Ich muss mich für nichts erklären, sondern kann einfach sein. Das ist sehr gut.

Außerdem merke ich zur Zeit bei Konzerten wieder, wie sehr es mich freut so einen wertvollen und wundervollen Ort in Grimma und halt nicht in Leipzig zu haben.

Max

Eine Sache werde ich wohl nie vergessen. In dieser Zeit führten wir unsere ersten eigenen Baumaßnahmen, den Bau unseres Büros, von der Idee bis zur Fertigstellung, selbstständig durch. Für mich persönlich war das ein krasses Erfolgserlebnis!

Die Idee der Firma, bachte eine Idee in mir zum Wachsen, welche mein unglaubliches Bedürfniss bediente in meinem Leben endlich mal was zu bewegen. Deshalb war ich von Anfang an dabei und lass mich auch nicht davon abbringen, auch wenn ich mir von Zeit zu Zeit denke, dass wir alle komplett bescheuert sind.

Interesse geweckt? Hier gibt
s was zum Weiterlesen!

literaturliste

44

außerparlamentarische Rechte

Backes, Uwe/ Sebastian Gräfe/Anna-Maria Haase/Maximilian Kreter/Michail Logvinov/Sven Segelke: Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung; Göttingen: V&R unipress, 2019

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?; Berlin: Metropolis, 2016

Brenner, Hans/ Wolfgang Heidrich/Klaus-Dieter Müller/ Dietmar Wendler (Hrsg.): NS-Terror und Verfolgung in Sachsen. Von den Frühen Konzentrationslagern bis zu den Todesmärschen; Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung; 2018

chronik.le: Leipziger Zustände (versch. Ausgaben)

Geiges, Lars/Stine Marg/Franz Walter: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?; Bielefeld: Transcript, 2015

Gertoberens, Klaus (Hrsg.): Die braune Gefahr in Sachsen. Personen, Fakten, Hintergründe; Dresden: Edition Sächsische Zeitung, 2004

Heitmeyer, Wilhelm/Manuela Freitag/Peter Sitzer: Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II; Berlin: Suhrkamp, 2020 (es 2748)

Heydemann, Günther/Jan Erik Schulte/Francesca Weil (Hrsg.): Sachsen und der Nationalsozialismus; Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2014 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 53)

Kailitz, Steffen (Hrsg.): Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen; Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 2021

Köditz, Kerstin: Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen; Berlin: Verbrecher-Verlag, 2009

Kulturbüro Sachsen: Sachsen rechts außen (versch. Ausgaben)

Pickel, Gert/Oliver Decker (Hrsg.): Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme; Leipzig: Edition Leipzig, 2016

Schmalz, Stefan/Sarah Hinz/Ingo Singe/Anne Hasenohr: Abgehängt im Aufschwung. Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland; Frankfurt/Main: Campus, 2021

Treibhaus Döbeln: blickpunkt.rechts (versch. Ausgaben)

parlamentarische Rechte

Antifaschistisches Redaktionskollektiv:

Wurzen. Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen. Entwicklung im Muldentalkreis 1991 – 1996; Leipzig: Selbstverlag, 1996

Backes, Uwe/Matthias Mletzko/Jan

Stoye: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich; Köln: Luchterhand, 2010

Backes, Uwe/Henrik Steglich (Hrsg.):

Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechts-extremistischen Partei; Baden-Baden: Nomos, 2007 (Extremismus und Demokratie, Bd. 17)

Bündnis 90/Die Grünen. Fraktion im Sächsischen Landtag (Hrsg.):

Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Strategie und Ideologie. Dokumentation eines Fachgesprächs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag am 24. Mai 2006; Dresden: Selbstverlag, 2006

Heike Kleffner/ Matthias Meisner:

Unter Sachsen – zwischen Wut und Willkommen; Bonn: BpB, 2017

Pfahl-Traugber, Armin:

Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive; Wiesbaden: Springer VS, 2019

Rehberg, Karl-Siegbert/Franziska Kunz/Timo Schlinzih (Hrsg.):

PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick; Bielefeld: Transcript, 2016

Rehse, Sebastian: Die Oppositionsrolle rechtsextremer Protestparteien. Zwischen Anpassung und Konfrontation in Brandenburg und Sachsen; Baden-Baden: Nomos, 2008 (Studien zum Parlamentarismus, Bd. 8)

Demokratie

Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.):

Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD; Berlin: Selbstverlag, 2019

Decker, Oliver/ Fiona Kalkstein/ Johannes Kiess (Hrsg.):

Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021; Leipzig: Edition Überland, 2022

Decker, Oliver/ Fiona Kalkstein/ Johannes Kiess (Hrsg.):

Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022; Leipzig: Edition Überland, 2023

Heitmeyer, Wilhelm:

Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I; Berlin: Suhrkamp, 2018 (es 2717)

Lutz, Wolfgang:

Region als Programm. Zur Konstruktion „sächsischer Identität“ im politischen Diskurs; Wiesbaden: Nomos, 2002 (Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft, Bd.8)

Stromer, Anett:

Rechtsextreme Einstellungen sächsischer Jugendlicher; Marburg: Tectum, 2013

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen/Kulturbüro Sachsen (Hrsg.):

„Sachsens Demokratie“? Demokratische Kultur und Erinnerung, Medienlandschaft und Überwachungspolitik in Sachsen. Erweiterter Tagungsband; Dresden: Selbstverlag, 2012

Demokratieprojekte in Sachsen

Diese Broschüre soll einen Beitrag zu einer lange geführten Debatte leisten und einerseits den Kontext von Demokratieprojekten in Sachsen beschreiben und andererseits die Relevanz von Demokratieförderung betonen.

Gemeinsam mit verschiedenen Expert:innen werden interessante Einblicke in Spannungsfelder und Praxen gegeben.

**BETWEEN
THE LINES**